



Plenum

35. Sitzung

München, Dienstag, 10. Dezember 2019, 14:00 bis 17:04 Uhr

Verurteilung der **Gewalttaten in Augsburg und am Münchener Hauptbahnhof** und der **Gewalt gegen Sicherheits- und Rettungskräfte** 4353

Geburtstagswünsche für die Abgeordnete und Präsidentin des Bayerischen Landtags **Ilse Aigner** 4353

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion
FREIE WÄHLER

"Mehr Alltagskompetenz an den Schulen: Bayerns Schülerinnen und Schüler auf ein gelingendes Zusammenleben in unserer freien Gesellschaft vorbereiten"

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER).....	4354
Gudrun Brendel-Fischer (CSU).....	4356
Anna Toman (GRÜNE).....	4359
Dr. Anne Cyron (AfD).....	4361
Dr. Simone Strohmayr (SPD).....	4363 4364
Matthias Fischbach (FDP).....	4365
Martin Schöffel (CSU).....	4367
Gisela Sengl (GRÜNE).....	4368
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER).....	4369
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU).....	4371
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	4372 4373

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes
(Drs. 18/5170)

- Erste Lesung -

Staatsminister Hubert Aiwanger.....	4373
Christian Zwanziger (GRÜNE).....	4376
Alexander König (CSU).....	4378
Manfred Eibl (FREIE WÄHLER).....	4381 4382 4382 4383
Toni Schuberl (GRÜNE).....	4382 4383
Franz Bergmüller (AfD).....	4383

Annette Karl (SPD).....	4384 4385
Alexander Muthmann (FDP).....	4386 4387

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss.....	4387
---	------

Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern (Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz - BayLözG) (Drs. 18/1823)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 18/4243)

Julika Sandt (FDP).....	4387 4389 4391
Klaus Adelt (SPD).....	4388
Andreas Schalk (CSU).....	4389 4392
Barbara Fuchs (GRÜNE).....	4392 4394
Martin Hagen (FDP).....	4393 4398 4399 4399 4400
Johann Häusler (FREIE WÄHLER).....	4394 4395 4396
Matthias Fischbach (FDP).....	4395
Uli Henkel (AfD).....	4396
Michael Busch (SPD).....	4397
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	4400

Namentliche Abstimmung.....	4400
-----------------------------	------

Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 1).....	4402
--	------

Wahl

von Mitgliedern in das Parlamentarische Kontrollgremium

Geheime Wahl.....	4401
-------------------	------

(Bekanntgabe des Ergebnisses der geheimen Wahl siehe Plenarprotokoll 18/36)

Bestellung

eines Mitglieds für den Landesdenkmalrat

Beschluss.....	4401
----------------	------

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Beschluss.....	4402
----------------	------

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Christian Flisek, Ruth Müller u. a. (SPD)

Mobilität auch im Alter sicherstellen - Innovative, lokale und niedrigschwellige Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern (Drs. 18/2719)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 18/4550)

Beschluss zum Antrag in geänderter Fassung.....	4402
---	------

Schluss der Sitzung.....	4402
--------------------------	------

(Beginn: 14:05 Uhr)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 35. Vollsitzung des Bayerischen Landtages.

Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Wie Sie wissen, wurde am Freitagabend ein 49-jähriger Ehemann und Vater, in der Feuerwehr höchst engagiert, auf dem Heimweg vom Augsburger Christkindlesmarkt angegriffen und getötet. Auch der 50-jährige Begleiter des Mannes wurde attackiert und erlitt schwere Verletzungen im Gesicht. Ihre beiden Ehefrauen mussten die Gewalttat mit ansehen.

Die Menschen in Bayern und weit darüber hinaus sind fassungslos über diesen Ausbruch von Gewalt auf offener Straße inmitten der Vorweihnachtszeit.

Wir verurteilen diese abscheuliche Tat. Wir trauern mit der Ehefrau, der Tochter und der ganzen Familie des Opfers. Wir wünschen ihnen Kraft und Beistand in dieser schweren Zeit. Unsere Gedanken gelten auch dem Verletzten, dem wir schnelle Genesung wünschen. Wir trauern gemeinsam mit den erschütterten Feuerwehrleuten der Berufsfeuerwehr um ihren getöteten Kollegen.

Großer Dank gilt der Polizei. Inzwischen konnten alle Verdächtigen identifiziert und gefasst werden, auch durch die Auswertung der Überwachungskameras. Wir hoffen auf eine schnelle Klärung der weiteren Hintergründe und eine gerechte Bestrafung der Täter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verbinden mit dem Advent eine Zeit des Friedens und der Hoffnung. Der offene und gewaltsame Bruch mit diesen Werten macht fassungslos. Als Rechtsstaat und als Gesellschaft haben wir darauf nur eine Antwort: Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung hat in unserem Land keinen Platz. Das gilt insbesondere für Gewalt gegen Sicherheits- und Rettungskräfte, die leider deutlich zugenommen hat. Das ist absolut inakzeptabel.

Erst gestern wurde am Münchner Hauptbahnhof ein 30-jähriger Polizeibeamter von hinten angegriffen und mit einem Messerstich in den Rücken schwer verletzt. Auch hier gilt unser tiefes Mitgefühl dem Beamten, der in Erfüllung seines Dienstes für unsere Gesellschaft zum Opfer roher Gewalt wurde, und seiner Familie.

Lassen Sie uns einen Moment innehalten, im Gedenken an den Getöteten und in Gedanken bei den Verletzten. –

Ich danke Ihnen. Bitte nehmen Sie Platz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn dieser Sitzung gibt es auch noch etwas Erfreuliches zu vermelden: Am 7. Dezember konnte unsere Kollegin und Präsidentin Ilse Aigner einen halbrunden Geburtstag begehen. Im Namen des Hauses und persönlich wünsche ich ihr alles Gute und natürlich weiterhin viel Erfolg für ihre Arbeit als Präsidentin des Bayerischen Landtages. Lassen Sie mir als dienstältestem Mitglied die Freiheit zu sagen, dass sie in diesem ersten Jahr ihrer Amtszeit das Parlament souverän geführt und in der bayerischen und deutschen Öffentlichkeit ausgesprochen sympathisch vertreten hat. Glückwünsch, liebe Ilse Aigner!

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit geht es in die allgemeine Tagesordnung.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion
FREIE WÄHLER**

**"Mehr Alltagskompetenz an den Schulen: Bayerns Schülerinnen und
Schüler auf ein gelingendes Zusammenleben in unserer freien
Gesellschaft vorbereiten"**

Sie kennen das Prozedere: grundsätzlich fünf Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. zehn Minuten für eine Rednerin oder einen Redner. Sie erinnern sich an die letzte Sitzung, als ich gesagt habe, dass es 15 Sekunden davor keine Vorwarnung mehr gibt. Aber bitte: Wenn die Anzeige auf Rot schaltet, ist die Redezeit zu Ende. Die fraktionslosen Kollegen – auch das wiederhole ich – können zwei Minuten reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit rufe ich die erste Rednerin auf. Das ist Frau Abgeordnete Gottstein von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Frau Gottstein, Sie haben das Rednerpult.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Non scholae, sed vitae discimus – nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir." – Vor 2.000 Jahren Seneca. "Der Mensch muss sich in der Welt selbst forthelfen. Dies ihn zu lehren, ist unsere Aufgabe." – Vor 300 Jahren Pestalozzi. "Bildung geschieht durch Selbsttätigkeit und zweckt auf Selbsttätigkeit ab." – Ebenfalls vor 300 Jahren Johann Gottlieb Fichte. "Wissen ist nicht genug, wir müssen es anwenden können. Wollen ist nicht genug, wir müssen handeln." – Bruce Lee vor fünfzig Jahren. "In Bayern soll niemand das Abitur bekommen, wenn er keinen Nagel in die Wand schlagen kann." – Hubert Aiwanger vor einem halben Jahr.

(Allgemeine Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): Es wird immer besser!)

"Phänomenologisch, handlungsorientiert und nachhaltig", ganzheitliche Lernprozesse stärken und die Verantwortung für das eigene Lernen übernehmen. – Simone Fleischmann, BLLV-Vorsitzende vor zwei Wochen.

Wie recht sie alle haben! Aus diesem Grund wird der von Ministerpräsident Söder und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Aiwanger angekündigte Unterricht "Alltagskompetenz" ab dem nächsten Schuljahr an Bayerns Schulen eingeführt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich – um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, es passiere bisher gar nichts – sind Alltagskompetenz und Lebensökonomie bereits jetzt schulart- und fächerübergreifend Bildungs- und Erziehungsziel an allen Schularten. In den Handlungsfeldern Gesundheit, Ernährung, Haushaltsführung, selbstbestimmtes Verbraucherverhalten und Umweltverhalten sind sie bereits jetzt in die bayerischen Lehrpläne integriert. Natürlich gibt es auch bereits jetzt viel Praxisnähe in unseren bayerischen Schulen. Wir haben das Schullandheim, wir haben den Radl-Führerschein, wir haben den Medienführerschein, wir haben die Erste-Hilfe-Kurse, wir haben die Tanz- und Benimmkurse, wir haben den Schulgarten, wir haben Orientierungstage. Wir haben bereits viel Alltagskompetenz und Praxisnähe an unseren Schulen. Das genügt aber noch nicht.

Warum ein verpflichtender Unterricht "Alltagskompetenz" und dadurch noch mehr Praxisnähe in unseren Schulen? – So gut die bisherigen Ansätze sind: manches versickert. Wir stellen fest, dass zu wenig im Bewusstsein ist, was sie da eigentlich tun, weder im Bewusstsein der Schüler noch leider auch oft im Bewusstsein der Lehrkräfte und auch zu wenig im Bewusstsein der Öffentlichkeit, die oft nicht mitbekommt, wie an unseren Schulen gearbeitet wird.

Ein weiterer Nachteil der bisher fehlenden Praxis an der Schule liegt darin: Das ist nach wie vor in die Beliebigkeit der Schulen gestellt. Nach wie vor kommt es sehr auf den Schulleiter und auf den Elternbeirat an, und es kommt nach wie vor sehr auf den einzelnen Lehrer an. Natürlich wird gerade dann manches dieser Praxisziele geopfert, wenn Lehrer knapp werden, wenn das Schulleben an den Schulen manchmal schwer zu managen ist. Deswegen wird die Verpflichtung einen maßgeblichen Mehrwert schaffen. Dies wird verpflichtend für alle Schulen an allen Schularten sein und nicht mehr der Beliebigkeit anheimfallen, die wir niemandem absprechen wollen. Wenn dies verpflichtend ist, hat das Ganze, glaube ich, eine andere Dimension.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Warum Projektwochen? – Das ist ein Unterrichtsangebot in einer zeitgemäßen Form. Ich bin mir sicher, dass wir damit zum Vorreiter für andere Bundesländer werden. Die verpflichtende Projektwoche ist dem Unterrichtsangebot Alltagskompetenz und Praxisnähe geschuldet. Mit dieser Alltagskompetenz wollen wir fächerübergreifende Inhalte lehren. Dies geht quer durch den Gemüsegarten, wie ich Ihnen vorher schon aufgezeigt habe, vom Verbraucherschutz über das Verständnis für richtige Ernährung bis zum Verständnis dessen, was unsere Handwerker, was unsere Landwirte tun, was draußen im wirklichen Leben geschieht. Dies soll in Form einer Woche geschehen. Im Übrigen kommen wir damit auch auf 35 Stunden, wenn das Fach in einem Schuljahr einstündig unterrichtet wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wie stellen wir uns das vor? – Wir beginnen ab dem kommenden Schuljahr mit einer verpflichtenden Praxiswoche in der Grundschule eins bis vier. Noch einmal für alle: In den Jahren zwischen eins und vier findet eine verpflichtende Praxiswoche statt, also nicht viermal, sondern einmal. Das Gleiche gilt für die Mittelstufe, das heißt für die Schuljahre fünf bis neun. Für diese ist ebenfalls eine verpflichtende Praxiswoche vorgesehen. Nach meiner eigenen Vorstellung ist dies natürlich noch ausbaufähig, aber das ist ein Umfang, mit dem man gut starten kann, mit dem man die Schulfamilie nicht überfordert und mit dem man andererseits das, was in der Koalition vereinbart ist, ausfüllen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Außerdem wäre es ein innerer Widerspruch, in einem einstündigen Fach Praxisnähe vermitteln zu wollen. Wenn ich an den Nagel in der Wand denke, stelle ich mir das innerhalb einer Schulstunde schon etwas schwierig vor. Dasselbe kann man sich auch für die anderen Inhalte vorstellen.

In Projektwochen können ganz andere Unterrichtsmethoden angewendet werden. Heute wird das ja immer wieder gefordert. Es wird gesagt, dass die Schule zu sehr rhythmisiert sei; gerade dann, wenn es spannend wird und man mit den Schülern diskutiert, muss man aufhören. Genau das kann vermieden werden, wenn man sich eine Woche mit einem Inhalt oder mit einer größeren Thematik beschäftigt. Man kann auch anders bewerten. In einer Projektwoche ist die klassische Notengebung nicht notwendig; eine Zertifizierung ist möglich. Man kann das machen, was draußen in der Praxis gefordert wird.

Ich kann zum Beispiel erst einmal eine Teambildung einfordern und dann belohnen, eventuell auch bewerten. Im klassischen Schulfach haben wir Einzelbewertung, aber hier können wir genau das erproben, was die Praxis anschließend fordert: Wie arbeitet ein Team zusammen? Es ist nicht zu unterschätzen, was man in einer Woche leisten kann. Ich denke, das Kultusministerium wird entsprechende Empfehlungen entwickeln und externe Berater und Experten mit in den Schulbetrieb einbeziehen.

Natürlich wissen wir alle: Unterrichtserfolg ist in erster Linie von der Lehrperson abhängig und eigentlich von nichts anderem. Das bestätigen sämtliche Untersuchungen. Aber die Untersuchungen bestätigen auch: Wenn die den Lernort wechselt, also wenn man einmal aus dem Klassenzimmer hinausgeht auf einen Bauernhof oder in eine Umweltstation, wenn die Lehrperson wechselt und durch einen Experten ersetzt wird, der vom Schüler ganz anders wahrgenommen wird als der allseits bekannte Lehrer mit seinen Stärken und Schwächen, dann erhöht das die Motivation und dadurch den Erfolg. Genau das wollen wir für die Alltagskompetenz unserer Schülerinnen und Schüler erreichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie bei Abgeordneten der CSU)

Was wir außerdem mit diesem wichtigen Projektunterricht zur Alltagskompetenz und Praxis in unseren Schulen erreichen, ist ein Spagat, den wir immer wieder neu denken müssen: ein Spagat zwischen einer Verpflichtung für alle – durch einen Rahmenplan des Kultusministeriums – und der Eigenverantwortlichkeit der Schulfamilie. Natürlich ist jede Schule anders gestrickt: das Personal der Schule, die Bedingungen, das Umfeld der Schule. Genau das wollen wir berücksichtigen. Das heißt, die Schulfamilie kann eigenverantwortlich bestimmen, wann diese Projektwoche stattfindet und wie sie sie ausgestaltet, natürlich begleitet durch eine Steuerung, durch Rahmenpläne des Ministeriums.

Zuletzt, und damit bin ich wieder bei dem traurigen Anfang der heutigen Sitzung: Wir brauchen eine Persönlichkeitsentwicklung unserer Schüler. Wir brauchen Schüler, die Verantwortung übernehmen – Verantwortung für sich und Verantwortung für die Zukunft. Diese Persönlichkeitsentwicklung wird bestimmt gestärkt, wenn sie mehr Praxisnähe und mehr Kompetenz für die Herausforderungen des Alltags erlangen, und das haben wir vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Abgeordnete Gottstein. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Abgeordnete Gudrun Brendel-Fischer von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Frau Beauftragte.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was versteht man unter Alltagskompetenz? Was braucht der Mensch, um seinen Alltag zu meistern? Wenn wir hierzu eine Abfrage im Landtag vornehmen würden, käme sicher eine riesige Menge an Vorschlägen zusammen; jeder tickt ja ein bisschen anders. Aber ich bin mir sicher, dass viele Aspekte genannt würden, die wir sogar fraktionsübergreifend für wichtig erachten.

Die Forderung nach mehr praktischen Alltagskompetenzen kommt nicht nur von den Landfrauen. Von vielen Seiten wird seit Jahren bedauert, dass für immer mehr Menschen der Umgang mit Geld, das Wissen über die Herkunft und die Gewinnung von Nahrungsmitteln sowie Grundkenntnisse über gesunde Ernährung und die Zubereitung einfacher Speisen böhmische Dörfer sind.

Im Nachgang einer groß angelegten Unterschriftenaktion der Landfrauen wurde das Thema vor Jahren im Landtag aufgegriffen. Durch das ISB wurden für die Jahrgangsstufen 1 bis 10 Handreichungen zu Alltagskompetenzen und zur Lebensökonomie erarbeitet. Sie umfassen die Bereiche Ernährung, Gesundheit, Umwelt und Verbraucherverhalten sowie Haushaltsführung. Das sind klassische Themenfelder, von denen heutzutage längst nicht mehr in allen Familien Orientierung erwartet werden kann – leider.

Diese Tatsache ist ein Stück weit unserer Wohlstands- und Konsumgesellschaft geschuldet. So hat beispielsweise der seit Jahrzehnten anhaltende Trend zu Fast Food und verfügbaren Billigklamotten dazu geführt, dass in den Haushalten vorhandene Fähigkeiten immer mehr verloren gingen und dass deren Erlernen nicht mehr für nötig erachtet wurde. Alles ist ja preiswert und jederzeit käuflich zu erwerben.

Der früher selbstverständliche Werterhalt von Kleidung ist leider von einer Wegwerfmentalität verdrängt worden. Wer heute erzählt, dass er Stocken stopft – ich tue das noch –, erntet meist ein mitleidiges Lächeln. Wir müssen einmal checken, wie es hier mit der Nachhaltigkeit bei der Kleidung aussieht.

Von Verantwortlichen in den Tafel-Läden hören wir – auch das ist ganz wichtig –, dass das Gros der Kundschaft mittlerweile am liebsten Fertigprodukte kauft. Je älter die Leute sind – das ist ein ernst zu nehmender Erfahrungswert –, desto mehr greifen sie noch auf Grundnahrungsmittel zurück, mit denen man selbst eine Mahlzeit zubereiten kann.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

In keinem Haushalt ist es mehr selbstverständlich, dass die Leute selbst Kartoffeln zubereiten und kochen können.

(Zuruf: Das ist jetzt extrem lächerlich!)

– Für Sie ist das vielleicht lächerlich, aber gehen Sie einmal hinaus und fragen die Menschen.

Auch Schuldnerberatungsstellen sehen in fehlenden hauswirtschaftlichen Kenntnissen die Ursache dafür, dass das verfügbare Einkommen nicht für den gesamten Monat reicht. Das ist so; das sind Realitäten, die man nicht abstreiten kann.

In einer Zeit, in der wir uns einig sind, dass wir Ressourcen einsparen und eine klimaschonende Lebensführung anstreben wollen, sollten wir nicht nur den Diesel oder das Rindvieh und seinen Methanausstoß im Auge haben,

(Beifall bei Abgeordneten den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

sondern auch unser eigenes Verhalten im Alltag. Von daher sind praktische Alltagskompetenzen nötiger denn je.

Zurück zu den Handlungsempfehlungen. Sie sind gut gedacht und auch gelungen, denn sie basieren auf der damals zeitgleich erfolgten Umstellung zum Lehrplan-PLUS. Diesen zeichnet eine sehr hohe Kompetenzorientierung aus. Ich weiß, dass viele unserer Lehrkräfte diese Empfehlungen ernst nehmen, voll dahinterstehen und sie bei ihren Stoffverteilungsplänen auch entsprechend bedenken, idealerweise in Abstimmung mit anderen Kollegen.

Dennoch sollten wir dem Anliegen von mehr Umsetzungschancen gerecht werden und einen stärkeren Anwendungsbezug ermöglichen. Dahinter steht auch unsere

Fraktion. Wir möchten, dass Inhalte umsetzbar sind, die Schüler besonders motivieren, weil sie zum Beispiel mit einer Exkursion, einem außerschulischen Lernort oder einem außerschulischen Experten verbunden sind oder weil der Klassenverband auch einmal aufgelöst und klassenübergreifend gearbeitet wird.

Außerschulische Lernorte – das möchte ich ausdrücklich betonen – waren in den Schulen in Bayern schon immer wichtig. Ich teile ausdrücklich nicht die Auffassung eines Kollegen von der SPD, der in einem Interview gesagt hat: So ein Vormittag auf dem Bauernhof mag ja ganz lustig sein, aber lernen tut man da nichts.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das ist mal ein Bild von der Landwirtschaft!)

Er schaue mit seiner Tochter lieber Tier-Dokus im Fernsehen an.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Erfahrungen aus zweiter Hand machen unsere Kinder zur Genüge – und mittlerweile auch wir. Deshalb möchten wir die reale Begegnung wieder stärken. Der Behaltensgrad ist höher, wenn nicht nur mit Auge und Ohr wahrgenommen, sondern auch praktisch angewendet wird.

Nichts ist beständiger als der Wandel, das wissen wir. An unseren Schulen sind Fächer und Lerninhalte reduziert worden oder gänzlich aus der Stundentafel verschwunden. Warum? Weil die Gesellschaft andere Anforderungen gestellt hat, weil der Arbeitsmarkt andere Prioritäten gesetzt hat. Wir werden die Bildungsqualität deshalb mit einem zusätzlichen wöchentlichen Schulfach oder stetig neuen Fächern in der Stundentafel nicht verbessern, sondern müssen hier andere Wege finden. Auch ich bin eine Kritikerin des 45-Minuten-Takts,

(Zuruf von der SPD)

im Übrigen nicht nur im Hinblick auf das Fach Alltagskompetenzen, sondern im Hinblick auf alle Fächer. Ich denke, wenn wir an den Schulen nicht nur mit Kopf und Herz, sondern verstärkt auch mit der Hand mehr arbeiten lassen, mit den Händen begreifen lassen, dann tut das auch unseren Gymnasiasten gut. Die Mittelschule kann sich hier sehen lassen.

Ich möchte, dass wir ein gemischtes Team bilden, natürlich auch unter Einbeziehung der Akteure, die die Handlungsempfehlungen entwickelt haben. Ich möchte aber auch externe Vertreterinnen und Vertreter präsent wissen, auch die themenrelevanten Verbände. Ich nenne beispielhaft den Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft, aber auch andere, die gemeinsam verbindliche Lernziele und Inhalte festlegen sollten.

Die zeitliche Gestaltung und die Konzeptstruktur sollten wir den Schulen überlassen, denn jede Schule hat andere Rahmenbedingungen, die letztlich von ihrem Standort, ihrer Größe und auch von der Zusammensetzung ihrer Schülerklientel abhängen.

Ganztagsangebote könnten natürlich eine Chance sein, aber auch Kursmodule. Das könnte eine Projektwoche, das könnten auch Projekttag sein, die über das Schuljahr verteilt werden. Es gibt viele Schulen, die erfolgreich eine Schülerfirma führen. Wo lassen sich Unternehmertum und Wirtschaftskreisläufe besser erlebbar machen! Ich möchte aber auch den pädagogischen Freiraum, den jede Lehrkraft zur Verfügung hat, nicht unerwähnt lassen. Auch da ist ein Zeitfenster, das sich in Teilen nutzen lässt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen als Fraktion auch für eine verpflichtende und gut koordinierte Einbindung von Alltagskompetenz an unseren Schulen. Wir wissen, dass wir hierbei schon gut vorgelegt haben. Aber es gibt nichts, was sich nicht verbessern lässt. Wir setzen auf eine teamorientierte Vorgehensweise in unseren Kollegien, und ich bin mir sicher, dass wir diese Querschnittsaufgabe gemeinsam und konstruktiv meistern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin Brendel-Fischer. – Als Nächste hat Frau Anna Toman von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Frau Toman, bitte schön.

Anna Toman (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wollen Kartoffeln kochen? – Dann machen wir doch ein You-tube-Tutorial, wie man Kartoffeln kocht. Ja, darum geht es wirklich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Thema der Aktuellen Stunde lautet: "Mehr Alltagskompetenz an den Schulen: Bayerns Schülerinnen und Schüler auf ein gelingendes Zusammenleben in unserer freien Gesellschaft vorbereiten". Das ist eine wortreiche und wirklich farbenfrohe Beschreibung.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Gut, oder?)

Die Idee für Alltagskompetenz als neues Schulfach wurde nach dem bislang erfolgreichsten Volksbegehren "Rettet die Bienen!" bei den Beratungen über ein großes Umwelt- und Artenschutzpaket geboren. Die Landfrauen kämpfen schon lange für ein solches Schulfach. Es soll Wertschätzung und Wissen für die heimische Natur und Landwirtschaft, Klimaschutz sowie gesundes Essen vermitteln. – Das war ein kleiner Sturm im Wasserglas. Davon übrig geblieben ist eine weitere Projektwoche, wie wir gerade gehört haben, zwei in neun Schuljahren. Ist das eigentlich Ihr Ernst?

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Auch die Bundesschülerkonferenz trat kürzlich für mehr Alltagskompetenz im Unterricht ein. Die Schülerinnen und Schüler wollen von ausgewählten Fachreferentinnen und Fachreferenten mehr Grundlagenwissen in den Bereichen Steuern, Finanzen, erste eigene Wohnung und Krankenkassen vermittelt bekommen, weil sie sich hier nicht genügend vorbereitet fühlen. Die Bundesschülerkonferenz will nun mit dem Verein Initiative für wirtschaftliche Jugendbildung Zukunftstage initiieren, um die Lücke im Bildungssystem zu schließen.

Auch seitens der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber werden inzwischen andere Anforderungen gestellt. Die blanken Noten sind schon lange nicht mehr ausschlaggebend. Entscheidend sind Faktoren wie Pünktlichkeit, Teamwork, selbstständiges Arbeiten. Damit müssen wir uns endlich konstruktiv im Ausschuss beschäftigen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das stimmt, ja!)

Was ist denn eigentlich Alltagskompetenz? Welche Inhalte sollen konkret in der Schule vermittelt werden? In welchen Jahrgangsstufen sollen welche Alltagskompetenzen im Fokus stehen? – Diese Fragen wurden von der Staatsregierung bisher noch nicht beantwortet. Aber darüber müssen wir diskutieren. Wir müssen generell über Bildung im 21. Jahrhundert in einer digitalisierten und globalisierten Welt diskutieren. Dazu müssen wir uns auch den Fächerkanon anschauen und sehen, welche Forderungen nach neuen Inhalten oder Fächern aus welchen Grün-

den immer wieder an uns alle herangetragen werden. Wir wünschen uns hier eine ehrliche und offene Diskussion, wenn es zum Beispiel um Ernährungsbildung, Umweltbildung oder digitale Bildung geht.

Wie sieht denn der Alltag der meisten von uns aus? – Man muss essen und trinken, einkaufen, kochen, zu Hause wenigstens ein bisschen Ordnung halten, arbeiten, Freundschaften pflegen und Zeit mit seiner Familie verbringen. – Ein kleines Ding habe ich wohl vergessen, das uns alle tagtäglich begleitet und das auch hier heute wieder viele in der Hand haben: unser Smartphone, das Tablet, den PC.

Rollen wir die Liste also einmal von hinten auf: Das Handy ist nicht mehr wegzudenken. Es ist Einkaufszettel, Geldbeutel, Kommunikationsmittel, Zugang zu unbegrenztem Wissen, Entertainer und noch vieles mehr. Die schwarz-orange Regierung hat durchaus erkannt, dass man bei der Digitalisierung mitmachen muss. Also werden unsere Schulen mithilfe der Bundesmittel mit der neuesten Technik ausgestattet. Das ist schön und gut, hat aber einen Pferdefuß: Es gibt überhaupt keinen Rahmenlehrplan dafür. Jetzt frage ich mich an der Stelle aber auch – Frau Kollegin Gottstein hat es gerade angedeutet: Für ein Fach, das innerhalb von zwei Wochen 35 Stunden unterrichtet werden soll, soll ein Rahmenlehrplan erstellt werden, für Medienkompetenz allerdings nicht. Das ist weit am Bedarf vorbei, würde ich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir machen beides! Es ist auch bekannt, dass wir beides machen!)

– Naja, alles mehr schlecht als recht. – Das müssen wir aber klären, um unsere Kinder und Jugendlichen gut auf die digitale Welt vorzubereiten, um sie zu kritischen Nutzerinnen und Nutzern zu machen, damit sie auch verstehen, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist, damit sie lernen, dass Umgangsformen, die offline gelten, auch online anzuwenden sind, dass diese Digitalisierung halt einfach nicht mehr verschwinden wird.

Wir wollen die Schülerinnen und Schüler stark für ihr Leben und ihren Berufsweg machen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Aber wie?)

Hierbei brauchen wir auch die Eltern mit im Boot. Aber die Schule ist genauso der zentrale Ort, um allen Kindern eine gute Bildung zukommen zu lassen. Zu oft bewegen wir uns allerdings in unseren Diskussionen in einem zu engen Korsett des Lehrplans und des Fächerkanons.

Jede Ausschusssitzung läuft nach dem folgenden Muster ab: Vorschlag einer Oppositionsfraktion, Reaktion der Gegenseite: Haben wir alles schon; brauchen wir nicht; es ist alles super bei uns in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Lasst uns ehrlich über Alltagsbildung in der Schule diskutieren. Wir sind konstruktiv bei der Sache. Außerdem müssen wir endlich darüber reden, dass Schule nicht nur ein Lernort ist, sondern dass viele Schülerinnen und Schüler einen Großteil ihrer Zeit dort verbringen, dass Schule also auch ein Ort des Zusammenlebens ist und dass wir immer noch Halbtagschule unter dem Label "Ganztag" machen. Entscheidend ist hier der Faktor Zeit. Wir müssen endlich Zeit einräumen.

Nehmen wir doch den Dienstag von Stefanie. Stefanie besucht die achte Klasse einer Realschule. Punkt 8 Uhr läutet der Gong. Deutsch – Gong. Geographie – Gong. Pause – Gong. Doppelstunde Mathe – Gong. Pause – Gong. Geschichte – Gong. Englisch – Gong. Mittagspause – Gong. – Offener Ganztag.

(Unruhe bei der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Und dann Projektwoche!)

Das ist ziemlich stressig, oder? – Auch aufseiten der Lehrkräfte ist der streng getaktete Vormittag Stress. Zeit für Gespräche und für die Vermittlung der gewünschten Kompetenzen ist gerade an Realschulen und Gymnasien überhaupt nicht vorhanden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): In drei Minuten ist Gong!)

Das bedeutet, dass man den Schultag anders gestalten muss und vor allem kann und soll. Bislang wurden neue Forderungen immer im Keim erstickt, weil man dann etwas Bewährtes minimieren oder gar streichen müsste. Mit dieser Blockadehaltung schaffen wir keine Weiterentwicklung. Zeit für Gespräche und für die Vermittlung der gewünschten Kompetenzen ist überhaupt nicht vorhanden. Eine Exkursion, zum Beispiel auf einen Bauernhof, ist immer ein Drama. Die Lehrkräfte, deren Stunden ausfallen, jammern, dass sie den Stoff nicht schafften, von der Gefahrenbeurteilung ganz zu schweigen. Wir haben so viel, das im Argen liegt, erkannt: Mobbing, Fake News, Hass, Hetze. Ich könnte die Liste wohl beliebig erweitern. Um sich dem entschieden entgegensustellen, brauchen unsere Lehrkräfte Zeit.

Es gibt eine Schulart, an der die Lehrkräfte tatsächlich den Freiraum haben, sich die Zeit für ihre Schülerinnen und Schüler zu nehmen. An der Grund- und an der Mittelschule herrscht das Klassenlehrerprinzip. Damit bestehen Möglichkeiten, sich Zeit "frei zu räumen". Das ist notwendig und viel wichtiger als eine weitere Projektwoche, die vielleicht gut gemeint, aber wieder einmal schlecht gemacht ist.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Aber auch Ihnen räumen wir doch Zeit ein, oder nicht?)

Lassen Sie uns ernsthaft darüber diskutieren, was Schule im 21. Jahrhundert leisten muss. Haben wir keine Angst vor Veränderungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Gong!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Kollegin, und weise humorvoll darauf hin, dass ich auch eine Taste habe, auf der "Gong" steht. Aber ich habe sie nicht betätigt, weil die Aktuelle Stunden noch nicht zu Ende ist.

Ich darf deshalb Frau Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Zurufe)

– Oh, Entschuldigung. Ich war schon eine Zeile weiter. Wir haben vorher noch Frau Dr. Anne Cyron. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Dr. Anne Cyron von der AfD-Fraktion aufrufen. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen hatten die Alltagskompetenz mehr im Fokus als den zweiten Teil des Themas dieser Aktuellen Stunde, nämlich das Vorbereiten auf ein gelingendes Zusammenleben in einer freien Gesellschaft. Zur Alltagskompetenz gehören sicherlich nicht nur das Bienenretten, bestimmte Kompetenzen in Hauswirtschaft oder der Umweltschutz. Deshalb möchte ich meinen Fokus mehr auf die verfassungsrechtliche Komponente richten.

Alltagskompetenz erwerben unsere Schüler fächerübergreifend und in allen Facetten in der Schule. Sie erwerben Alltagskompetenz auf dem Pausenhof, im Zusammenleben mit der Schulfamilie und im Schulunterricht. So werden unsere Schüler zum Beispiel im Sozialkundeunterricht in ganz hervorragender Weise auf ein gelingendes Zusammenleben in einer freien Gesellschaft vorbereitet. Es bedarf eigentlich nur der Unterweisung im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung, um unsere Schüler entsprechend vorzubereiten.

(Beifall bei der AfD – Katharina Schulze (GRÜNE): Dann halten Sie sich selbst auch daran!)

Das Grundgesetz enthält alles, was unsere Schüler auf ein gelingendes Zusammenleben in einer freien Gesellschaft vorbereitet. Ich verweise insbesondere auf den Freiheitsartikel, den Gleichheitsartikel und nicht zuletzt Artikel 20. Die freiheitliche Gesellschaft wird durch die Demokratie mit all ihren Grund- und Menschenrechten gesichert.

(Beifall bei der AfD)

Sie wird gesichert durch die Rechtsstaatlichkeit, die wohl größte Errungenschaft der westlichen Zivilisation. Ein gelingendes Zusammenleben ist nicht zuletzt möglich durch Werteerziehung in christlich-abendländischer Tradition.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch einmal ein Beitrag zum Thema Alltagskompetenz!)

Ein gelingendes Zusammenleben erfordert in erster Linie Respekt vor den hier Lebenden. Es erfordert Respekt vor dem Staat und seinen Gesetzen. Es erfordert Respekt der muslimischen Schüler vor den Lehrerinnen an unseren Schulen.

(Beifall bei der AfD)

Es erfordert Respekt vor der Freiheit der anderen, auch wenn diese Christen sind und Schweinefleisch essen. Es erfordert Respekt der Muslime vor der Gleichberechtigung der Frau.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das gilt für alle Konfessionen! Darin sind wir uns doch einig, oder?)

Es erfordert Respekt vor allen, die sich täglich, oft unter Lebensgefahr, in das öffentliche Leben einbringen, zum Beispiel Polizei und Rettungsdienste.

Es erfordert Respekt vor der Freiheit der anderen. Jeder kann sein Leben in Freiheit führen, solange er die Freiheit anderer nicht tangiert.

Ein gelingendes Zusammenleben in einer freiheitlichen Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn alle die gleichen Werte leben und alle pflichtgemäß mit Respekt vor der Freiheit der anderen handeln.

Zusammenleben kann also nur gelingen, wenn Menschen unter dem Dach des Grundgesetzes und gemeinsamer Werte ihre Freiheit zu leben und zu kontrollieren verstehen. Es funktioniert nicht, wenn Messerstecher aus dem islamischen Kulturkreis Ungläubige abschlachten,

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD: Ah! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Da haben Sie ja doch noch die Kurve gekriegt!)

schweinefleischessenden Kindern auf dem Pausenhof Kopftritte verpassen, den Respekt vor dem Gastland vermissen lassen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Themaverfehlung! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Es geht hier um Alltagskompetenz an Schulen!)

den Frauen keine Freiheits- und Gleichheitsrechte zugestehen und wenn Massenvergewaltigungen unter dem Schutz einer allzu nachsichtigen Justiz Alltag werden.

Ein gelingendes Zusammenleben in einer freien Gesellschaft bedeutet nicht zuletzt Respekt vor dem demokratischen Wählerwillen, vor einem Wahlergebnis, das demokratisch herbeigeführt wurde. Dieser Respekt verbietet es, eine bestimmte Partei im Bayerischen Landtag zu hassen, zum Feind zu erklären und nur sich selbst zu guten Demokraten zu erklären.

(Beifall bei der AfD)

Das Parlament ist der Ort der Diskussion, nicht der Ort des Freund-und-Feind-Denkens.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Tagesordnung!)

Ein gelingendes Zusammenleben fordert eine ganze Menge an Toleranz und Respekt vor anderen Meinungen; denn die Freiheit der Meinung und der Gedanken ist das vornehmste Menschenrecht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Themaverfehlung!)

Wir bereiten die bayerischen Schüler auf ein gelingendes Zusammenleben in einer freien Gesellschaft am besten vor,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Einer Gesellschaft, die Sie wollen, oder?)

wenn wir selbst die Werte leben, die Voraussetzung für diese Gesellschaft sind, und wenn wir sie in dieser Tradition erziehen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Dr. Cyron. – Jetzt ein zweites Mal: Frau Dr. Strohmayer, Sie haben das Wort.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allen Dingen: Liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER! Schön, dass wir heute noch einmal ausgiebig Zeit haben, über Alltagskompetenz an Bayerns Schulen zu reden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber was ihr hier zu diesem Thema abliefern, ist wirklich armselig. Eine Projektwoche Alltagskompetenz?

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Zwei! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist nur der Anfang!)

Da hätte ich mir wirklich mehr erwartet.

(Beifall bei der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Zwei sind geplant!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere mich noch genau: Mitten in den Beratungen zum Umwelt- und Artenschutzpaket nach dem erfolgreichen Volksbegehren "Rettet die Bienen!" kam unser Ministerpräsident auf die Idee, ein Fach "Alltagskompetenz" einzuführen. Am 10. April 2019 vermeldete die "Süddeutsche Zeitung": "Söder will neues Schulfach in Bayern einführen".

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) 35 Stunden sind eingeplant!)

Und siehe da, das Kind hatte sogar einen wohlklingenden Namen. Es sollte nämlich "Alltagskompetenz und Lebensökonomie" heißen – falls Sie sich erinnern.

Unsere Agrarministerin sprang ihrem Chef gleich bei. Sie führte aus, das neue Fach solle einen Bezug zu unseren Lebensmitteln herstellen; es solle aufzeigen, welche Arbeit dahintersteckt. Als Vorschlag brachte sie den verpflichtenden Besuch von landwirtschaftlichen Betrieben ein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Eben! Das geht doch gar nicht in einer Stunde! So lange braucht man ja schon, bis man vor Ort ist!)

– Das scheint Sie ja sehr zu echauffieren, Herr Kollege Aiwanger.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Dr. Strohmayer hat das Wort.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Ich frage Sie: Was ist denn aus Ihrem Schulfach "Alltagskompetenz" geworden?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Projektwoche!)

Konkrete Pläne oder Konzepte zur Umsetzung habe ich nie gehört. Man kann auch sagen: Außer heißer Luft ist nichts gewesen!

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen!)

Denn ein halbes Jahr später hat unser Ministerpräsident kleinlaut erklärt: An bayerischen Schulen wird es doch kein neues Schulfach "Alltagskompetenz" geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Alltagskompetenz und Lebensökonomie sind wichtig. Ja, manch ein Schüler ist nach dem Schulabschluss mit dem Leben überfordert. Und ja, mehr Praxisnähe in den Schulen wäre wünschenswert; das hat auch der Landesschülerrat der Gymnasien mehrmals bekräftigt. Aber eine einzige Projektwoche "Alltagskompetenz"? Dazu muss ich schon sagen: Als Löwe gesprungen – als Bettvorleger gelandet!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh! – Volkmar Halbleib (SPD): Den "Löwen" nehmen wir zurück!)

Dieser Vergleich passt wunderbar hierher.

Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen am Ende noch einige Anmerkungen mitgebe.

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bitte um Ruhe.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Ich habe es bereits mehrmals gesagt: Alltagskompetenz ist wichtig. Kinder wachsen heute häufig in einem Umfeld auf, das große Herausforderungen an ihre gesunde Entwicklung stellt. Oft sind beide Elternteile berufstätig. Auf dem Land sind die Schulwege lang. Ganztägige Betreuung wird

immer häufiger Aufgabe der Schule. Viele Kinder sind von früh um 7 Uhr bis abends um 17 Uhr unterwegs. Krankheiten, Verhaltensauffälligkeiten und Depressionen nehmen zu.

Wir Sozialdemokraten wollen, dass Schule zum Wohlfühlraum wird.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir wollen gern, dass sie etwas lernen!)

Zu einem Wohlfühlraum gehört – hören Sie jetzt gut zu! – ein gesundes Essen, das gemeinsam eingenommen wird. Das kann ein gesundes Frühstück und/oder ein gesundes Mittagessen sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Am besten selbst zubereitet!)

Ich nenne Ihnen eine Zahl: Circa 10 % der Kinder kommen ohne Frühstück in die Schule. Da muss doch die Bildung von Alltagskompetenz anfangen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, ist doch dabei! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das hat doch die Kollegin gesagt! Sie haben sie dafür ausgelacht!)

– Aber doch nicht nur in einer Woche, Herr Kollege! Das müssen wir dauerhaft einführen. Der Staat muss hierbei die Schule und die Schüler unterstützen.

Wir brauchen auch Hauswirtschafterinnen an den Schulen. Wir brauchen Schulküchen. Wir brauchen gesundes Essen. Und wir brauchen Zeit, damit Kinder Alltagskompetenz erlernen können.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): ... keine Ahnung, was an Schulen los ist!)

Sehr geehrter Herr Minister Piazzolo, ich kann Sie nur aufrufen: Backen Sie endlich große Brote und nicht nur kleine Brötchen!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Abgeordnete, und darf Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was waren das für große Worte hier zum Einstieg, Frau Gottstein? Große Namen fielen, obwohl man den einen oder anderen vielleicht herausnehmen kann. Schauen wir auch auf die großartige Stellungnahme der Staatsregierung zum Volksbegehren: Man wolle ein eigenständiges Schulfach schaffen. Dann noch diese Aktuelle Stunde, das lässt uns einen monumentalen Wandel erwarten. Was bekommen wir stattdessen wirklich? – Man nennt das abgeschwächt Unterricht. Eigentlich handelt es sich nur um zwei Projektwochen über neun Jahre verteilt. Wir haben das einmal nachgerechnet. Im Nachtragshaushalt sind dafür 1,8 Millionen Euro vorgesehen. Für 4.500 allgemeinbildende Schulen sind das 400 Euro pro Schule – wow, ein richtiger monumentaler Wandel! Da können Sie sich selbst mal beklatschen!

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein wuchtiger Aufschlag!)

– Herr Kollege Halbleib, danke für diesen Einwurf.

Wissen Sie was? – Das Thema haben wir eigentlich schon vor zehn Jahren behandelt. Damals war die FDP noch in der Regierung.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt regieren wir!)

Das Ergebnis war: Das ISB ist durch Beschluss des Landtags beauftragt worden, einen Leitfaden zum Thema Alltagskompetenz und Lebensökonomie zu verfassen. Dieser sollte in den Lehrplan eingebaut werden. Weil Sie es mir nicht glauben, habe ich Ihnen die Stellen aus dem bayerischen Lehrplan mitgebracht. Meiner Büroleitung habe ich gesagt: Bitte drucken Sie nicht alles aus, weil sonst noch drei Packen dazu kommen. Da ist es überall im bayerischen Lehrplan verankert.

(Beifall bei der FDP)

Sie wollen uns erzählen, Sie hätten den großen Wurf gemacht. Der große Wurf ist schon vor zehn Jahren passiert.

Sie wollten damals noch ein eigenständiges Fach haben. Deshalb haben Sie vonseiten der FREIEN WÄHLER auch nicht zugestimmt. Warum wollten Sie damals ein eigenständiges Fach und heute nicht mehr? – Weil es nicht sinnvoll ist. Deshalb ist es ja gut, dass Sie sich überzeugen haben lassen. Woher wollen wir die Stunden nehmen? – Frau Gottstein, als wir über mehr Politik an den Schulen gesprochen haben, haben Sie gesagt und das Argument wie eine Monstranz vor sich her getragen: Wenn wir nicht wissen, woher die Stunden kommen sollen, können wir nicht über mehr Inhalte reden. Jetzt fallen Sie auf diese Position zurück. Schön und gut, wenigstens haben Sie es an dieser Stelle eingesehen. Im Gegensatz zu Politik, wo es eben wichtig wäre, den Schülerinnen und Schülern schon frühzeitig ein Grundverständnis unserer politischen Gesellschaft als eigenes zu vermitteln, ist es an dieser Stelle jedoch sinnvoll, zum Beispiel im Fach Wirtschaft den Unterschied zwischen Brutto und Netto zu erklären, anstatt ein eigenes Fach "Alltagskompetenz" einzuführen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir mehr Praxiserfahrung wollen, sollten wir zum Beispiel auch mal über die Lehrkräfte reden. Reden wir doch einmal darüber, wie wir neue Laufbahnkonzepte schaffen können. Wir sollten auch Praktiker an die Schulen holen. Ist es denn der einzige Weg, ein Lehramtsstudium direkt nach dem Abitur anzuschließen oder wäre es nicht mal sinnvoll, auch andere Wege zu öffnen, die nicht nur als Notnagel oder letzte Lösung anzusehen sind, weil wir keine Lehrkräfte haben? – Es sollte möglich sein, nach zehn Jahren in der Wirtschaft ins Lehramt zu wechseln, weil auf diese Weise viel weitergegeben werden kann. Wir sollten qualifizierten Quereinsteigern, die pädagogisch weitergebildet werden, neue Wege öffnen. Das wäre mehr Praxis in den Schulen. Das würde noch viel mehr bewirken als diese 400 Euro pro Schule.

(Beifall bei der FDP)

Wir könnten noch über viele andere Themen reden, die an unseren Schulen gestärkt werden müssten. Jeder versteht unter dem Label "Alltagskompetenz", was er möchte. Wenn es am Ende konkret wird, sind die Veränderungen nun doch wieder klein. Die Ausführungen der AfD, was alles unter Alltagskompetenz fallen sollte, treffen bei mir aber auf großes Unverständnis. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Matthias Fischbach von der FDP. – Als Nächster hat Herr Martin Schöffel von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst müssen wir feststellen, dass viele Menschen in unserer Bevölkerung zu wenig über die Grundlagen unseres Lebens wissen. Das Wissen über Lebensmittel und Ernährung gehört nicht nur zur Allgemeinbildung. Das sind lebensnotwendige Grundlagen. Es geht um Fragen der persönlichen Gesundheit, des täglichen Lebens und des finanziellen Auskommens. Es geht um den Umgang mit Lebensmitteln, aber auch um den Umgang mit unseren Bäuerinnen und Bauern. Dazu zählt das Wissen über Landwirtschaft, Landbewirtschaftung, Lebensmittelherstellung, Umwelt und den ländlichen Raum. Unsere Landwirtschaft sieht sich einem hohen gesellschaftlichen Druck ausgesetzt. Wir müssen Landwirtschaft und Gesellschaft wieder näher zusammenbringen. Die Menschen interessiert es, wie Lebensmittel erzeugt werden und erzeugt werden können. Wir sollten schon unsere Kinder dafür begeistern und ihnen Zusammenhänge zwischen Naturnutzung und unserem Ernährungsverhalten vermitteln.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke unserem Ministerpräsidenten, dass er im Zusammenhang mit dem Volksbegehren sofort erklärt hat: Jawohl, dieses Thema werden wir an den Schulen stärker verankern. Den Kolleginnen und Kollegen von der Opposition sage ich: Wenn man an einer guten Sache grundsätzlich nichts kritisieren kann, ist es eine alte Masche, zu sagen, es werde zu wenig gemacht. Wir könnten uns auch noch mehr wünschen. Wir starten jedoch jetzt mit diesem Thema. Wir setzen Projektwochen tatsächlich in die Praxis um. Das ist etwas sehr Wichtiges und Gutes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zwar werden viele dieser Punkte bereits im Unterricht aufgegriffen, es fehlt jedoch eine entsprechende Ausbildung der Lehrer in vielen Fachbereichen. Es fehlen Praxisbeispiele sowie die notwendige Zeit, um Sachverhalte vernünftig und umfassend darzustellen. Mich entsetzt es schon, wenn mir meine Tochter aus der Schule berichtet, man dürfe kein Holz mehr zum Bauen von Holzhäusern verwenden, weil das dem Klima schade. Zusammenhänge werden hier massiv verdreht. Deshalb ist es wichtig, Bildungsmaterialien und Schulungen für die Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Ich wundere mich, dass die Vertreter aus der Großstadt, die zum Brunchen ins Café gehen, tagsüber schnell einen Snack mitnehmen und abends im Restaurant essen, sich über die Themen lustig machen, die für das ganze Land sehr wichtig sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben bisher schon viel, auch an der Grundschule gemacht. Die Kochkurse sind ein erstes, wichtiges Heranführen. Mit dem Programm "Erlebnis Bauernhof" haben wir seit dem Jahr 2012 11.500 Klassen auf die Bauernhöfe gebracht. Es engagieren sich rund 620 Bauernhöfe. Im Rahmen des Nachtragshaushaltes werden wir die Sekundarstufe I ebenfalls pilothaft auf den Bauernhof bringen.

Ich möchte unseren Landfrauen herzlich danken, die sich großartig engagieren und viel Zeit aufbringen. Sie überlegen sich mit sehr viel Empathie, wie man den Kindern die Zusammenhänge vermitteln kann. Ich danke den Landfrauen sehr herzlich. Wir brauchen die Landfrauen auch in Zukunft, um den Kindern diese Themen zu vermitteln.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Themen sollen nicht mit einem You-tube-Video dargestellt werden, wie es Frau Kollegin Toman eingebracht hat. Genau darum geht es nicht. Es geht darum, innovative Lernorte einzubinden: Einen Bau-

ernhof, eine Bäckerei, eine Metzgerei, Profiköche und Exkursionen in den Lebensmittel Einzelhandel. Was kosten die Produkte? Was kann man mit einem festgelegten Budget kaufen? Welches Produkt ist fertig zubereitet? Welches Produkt muss man noch verarbeiten? – Wir wollen das Handwerk, die Landwirtschaft, die Landfrauen, die Betriebsleiter, die Landwirtschaftslehrer, aber auch Schüler, Azubis und Studenten aus der Landwirtschaft einbinden. Deshalb ist die Projektwoche der richtige Ansatz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wird spannend und lebendig. Man kann etwas sehen, anfassen und schmecken. Das wird den Kindern in Erinnerung bleiben. Ich kann mir vorstellen, dass es Ihnen nicht passt, Praktiker aus der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum einzubinden, weil das Lebensbild, das Sie den Kindern vermitteln, mit der Realität konfrontiert wird. Das ist das, was wir wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen mehr Wissen über die Zusammenhänge von Lebensmittelerzeugung und Landwirtschaft vermitteln. Auf diese Weise können wir mehr Wertschätzung für unsere Lebensmittel und unsere Landwirtschaft schaffen. Ich danke unserem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung, dass sie zusammen mit der Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN dieses Thema vorantreiben. Wir werden wieder einmal anderen Bundesländern ein Beispiel geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Martin Schöffel. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Gisela Sengl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns alle darin einig, dass Alltagskompetenzen wichtig sind. Alltagskompetenzen sind vor allem in Bezug auf Ernährung und Landwirtschaft unglaublich wichtig für ein gutes Leben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Das gilt nicht nur für die Gesundheit, sondern auch für den Umwelt- und Artenschutz. Das wurde gerade schon angesprochen. Heute lernen das unsere Kinder und Jugendlichen nicht mehr automatisch daheim oder in ihrer Umgebung. Man kann das bedauern, es bleibt für uns als Gesellschaft aber trotzdem eine große Aufgabe sicherzustellen, dass Kinder diese Kompetenzen erwerben können. Die Schule ist dafür der richtige Ort.

Wir GRÜNE sagen das übrigens schon lange. Deshalb freut es uns sehr, dass uns die Regierungsparteien jetzt folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Kollegin Toman hat gesagt, wir machen alles falsch. Ich komme jetzt nicht mehr mit!)

Wenigstens wird die Idee, dass das wichtig ist, anerkannt und eine Projektwoche zum Thema Alltagskompetenz eingeführt. Wir sind natürlich davon ausgegangen, dass es so etwas jedes Jahr und in jeder Jahrgangsstufe gibt. Wir sind davon ausgegangen, dass das richtig vorangetrieben wird. Jetzt heißt es plötzlich: alle vier Jahre und möglicherweise nicht in allen Schulen usw. Man kann also wirklich nur sagen, dass das ein Minischritt in die richtige Richtung ist. Ich muss aber zugeben: Es ist die richtige Richtung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Schule ist nicht nur ein Lernort, sondern auch ein Lebensort. Das wurde von euch immer abgestritten. Jetzt habt ihr erkannt, dass diese Aussage richtig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Wir haben in der letzten Legislaturperiode von Anträgen zur Ernährungsbildung bis zu einem Gesetzentwurf zur Mittagsverpflegung schon sehr viele Vorschläge zu diesen Themen gemacht. Diese Vorschläge wurden alle abgelehnt.

Es ist aber klar, dass man nur dann kompetent im Alltag sein kann, wenn genügend Wissen vorhanden ist. Wissen verfestigt sich am besten, wenn es auch praktisch angewendet und erfahren wird: wenn man zum Beispiel im Schulgarten Gemüse anpflanzt, in der Projektwoche selber die Mittagsverpflegung kocht, das Lebensmittelhandwerk und die Lebensmittelverarbeiter besucht, landwirtschaftliche Betriebe besucht, Diskussionen mit Landwirtschafts- und Hauswirtschaftsschülerinnen und -schülern führt, Ernährungsbildung voranbringt, einmal Werbekampagnen für Lebensmittel auf ihren Wahrheitsgehalt hin durchleuchtet, sich mit Lebensmittelverschwendung befasst und diese bekämpft usw. usf. Wir sollten der Kreativität hier keine Grenzen setzen. Dies betrifft sowohl die Kreativität der Schülerschaft als auch die der Lehrerschaft.

Ernährungsbedingte Krankheiten nehmen rapide zu. Dabei könnte man diese Krankheiten durch Aufklärung und Wissensvermittlung leicht in den Griff bekommen. Auch ist die gigantische Ressourcenverschwendung durch Wegwerfen von Lebensmitteln ein großes ethisches Problem. Daran knüpft sich nahtlos die heute leider mangelnde Wertschätzung für die Bereiche Landwirtschaft und handwerkliche Lebensmittelproduktion an.

Auch hier würde die Erfahrung, wie mühsam es ist, einen Liter Milch oder ein Kilo Karotten zu erzeugen, weiterhelfen, etwa durch eine Exkursion zu einem Bauernhof. Aufklärung und Wissen sind die Grundlage für freie Entscheidungen und damit für ein gutes Leben. Eine Projektwoche "Alltagskompetenz" ist hier wirklich nur ein ganz kleiner Schritt. Es ist gut, wenn dieser Schritt gemacht wird. Ich hoffe aber, dass die Anregungen, die heute von allen Rednern gekommen sind, auch aufgenommen und ernsthaft umgesetzt werden. Ich hoffe, dass diese Projektwoche wirklich mit großer Ernsthaftigkeit durchgeführt wird. Ich hoffe, dass auch Personal und Geld dahintersteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unbestritten brauchen wir an bayerischen Schulen Alltagskompetenz. Hier sitzt eine Fraktion, die zwar nicht zum Thema gesprochen hat, aber Klima mit Wetter verwechselt und vergisst, dass jeder einzelne Verbraucher und Mensch in Bayern mit seinem Einkaufsverhalten, mit seinem ganzen Verhalten im Leben, sein Umfeld und unsere Welt gestalten kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In der neuesten Pisa-Studie steht, dass Jugendliche ihr Wissen nicht mehr in einem alltagsnahen Kontext umsetzen können. Sie können, weil ihnen die Praxis fehlt, damit auch ihr Lebensumfeld nicht gestalten.

Liebe Gisela Sengl, anzuerkennen, dass wir Alltagskompetenz brauchen, ist der erste Schritt. Ich möchte auch einmal dazusagen, dass wir uns freiweg dazu entschieden haben, gleich das Zehnfache wie in Baden-Württemberg und das Hundertfache wie in SPD-regierten Bundesländern zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die SPD hat vor Jahren, als man darüber gesprochen hat, kritisiert, dass eine Stunde zu wenig ist. Dasselbe kam – ich habe es in den Protokollen nachgelesen – von den GRÜNEN. Man müsse sich statt einer Stunde für Wochen aussprechen.

Ich sage dazu, dass zur Alltagskompetenz gesunde und regionale Ernährung gehören. Diese Ernährung verhilft auch dazu, sich ganz viel merken zu können.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Hauswirtschaft an den Schulen, das brauchen wir!)

Warum brauchen wir Alltagskompetenz? – Ich danke der Landwirtschaftsministerin, dass sie die erschreckende Studie "Wir retten Lebensmittel" in Auftrag gegeben hat. Alltagskompetenz heißt auch, dass wir nicht weiterhin alleine in Bayern 1,3 Millionen Tonnen Lebensmittel pro Jahr wegwerfen. Das sind 73.000 Lkw-Ladungen.

Sie müssen sich den wirtschaftlichen, den ökonomischen und ökologischen Schaden vorstellen. Je weiter ein Lebensmittel verarbeitet wurde, umso mehr Wasser wurde verbraucht, umso mehr Rohstoffe wurden verbraucht, um das Lebensmittel von A nach B zu bringen und zu verarbeiten, umso mehr CO₂ wurde verursacht. Auch Upcycling bringt denselben Aufwand mit sich.

Das müssen unsere Kinder, das müssen wir alle wissen. Anders geht es nicht. Wir verschwenden Ressourcen, wir verschwenden gute Nahrungsmittel. Das kann man nur vermeiden, indem man gezielt einkauft und ein selbstbewusster Konsument ist. Die Grundlage hierfür wird durch Alltagskompetenz geschaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es wäre eine Schande, so weiterzumachen.

Stellen Sie sich vor: Meiner Nichte wird in der Schule erzählt, dass vegetarische Milch besser als richtige Kuhmilch sei. Das ist, wie manche vielleicht noch wissen, keine Milch, denn Milch gibt nur eine Kuh, die vorher gekalbt hat. Vielleicht müssen unsere Kinder lernen, dass 95 % des Imports von Soja aus Übersee kommt, also einen weiten Weg hinter sich hat und einen großen ökologischen Fußabdruck aufweist. Man sagt, dass 15 Liter Wasser, Fermentierung und Energieaufwand notwendig sind, um einen Liter Sojamilch zu erzeugen. Man sollte auch wissen, dass nur zwanzig Prozent der Sojapflanze verwendet werden. Ich nenne als Beispiel nur noch, dass unter anderem Kalk, Phosphate, Gellan und Maltodextrin zugesetzt werden. Das ist ein großer Energieaufwand. Unsere Kühe machen das selbst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Man muss das wissen, sonst bleiben unsere Bauern auf der Strecke.

Ein anderes Produkt ist die Mandelmilch. Die Mandel muss, wenn sie in den USA erzeugt wird, immer bewässert werden. Genauso ist es beim Fleischersatz, bei dem ein Wasseraufwand von 18 Litern anfällt usw. usf.

Ich habe leider nicht mehr viel Redezeit. Liebe Kollegin Sengl, mir ist der Apfel aus Bayern lieber als der aus Südamerika.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Das und vieles mehr können unsere Kinder im Fach Alltagskompetenz lernen.

Wenn wir dann so weit sind und die erste Projektwoche machen, werden wir Abgeordnete aus allen Fraktionen einladen. Dann machen wir mal einen Alltagskompetenztest. Dann werden wir sehen, ob wir Alltagskompetenz brauchen oder nicht. In diesem Sinne viel Vergnügen!

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Waschler von der CSU.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Alltagskompetenz ist in der Tat ein wichtiges Thema. Wenn man von Alltagskompetenz spricht, sollte man immer einen niederbayerischen Leitspruch beachten: Quidquid agis, prudenter agas et respice finem – Was auch immer du tust, prüfe es sorgfältig und bedenke das Ende.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, besonders diejenigen von der Opposition: Es geht hier bei allen Überlegungen an erster Stelle um das Wohl der Kinder und Jugendlichen, nicht um irgendeine Ideologie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist unser Qualitätsmerkmal: Wir vereinen Qualität und Machbarkeit, indem wir auf das blicken, was mit der Schulfamilie umsetzbar und realisierbar ist. Ich habe große Zweifel, dass bei großen Teilen der Opposition angekommen ist, dass eine Projektwoche im Umfang von 35 bis 40 Stunden gleichbedeutend mit einem einstündigen Schulfach ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und vor allem der GRÜNEN, bitte aufpassen! 35 bis 40 Stunden entsprechen einem einstündigen Unterrichtsfach. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

In der Schulfamilie muss jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten eingebunden werden. Dazu gehören Personen, aber auch Örtlichkeiten. Ich kann mich ausdrücklich Frau Kollegin Gottstein und Frau Kollegin Schmidt anschließen, die einige Beispiele genannt haben. Jeder hat hier seine persönlichen Vorlieben. Ich möchte deshalb zwei Beispiele aus meiner näheren Umgebung herausgreifen:

Bei Passau gibt es das Haus am Strom, eine Stätte der Umweltbildung. Dort kann man ein Projekt oder eine Exkursion durchführen. Des Weiteren gibt es bei mir vor der Haustüre die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Kringell – Marktgemeinde Hutthurm.

Als Nächstes möchte ich den Landfrauen ein großes Wort der Wertschätzung aussprechen. Sie haben immer wieder auf die wichtigen Inhalte hingewiesen. Wichtig ist, dass das Örtliche mit der Produktion gesunder Lebensmittel verknüpft wird. Deswegen sollen die Schülerinnen und Schüler zum Beispiel zwei Tage auf einem Bauernhof und zwei Tage in einer Bäckerei verbringen. An weiteren zwei Tagen sollen sie sich mit Einkaufsmöglichkeiten auseinandersetzen. Dabei sollen sie jeweils mit ausgewiesenen Praktikern vor Ort zusammenarbeiten, die Vorbilder für diese Produktion sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU):
Sehr gut!)

Das ist ein notwendiger, richtiger und gangbarer Weg. Frau Kollegin Sengl, unabhängig von meiner persönlichen Wertschätzung Ihnen gegenüber sage ich: Wir brauchen hierfür nicht die GRÜNEN, die uns sagen, wo die Reise hingehen soll. Kolleginnen und Kollegen, das brauchen wir wirklich nicht.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Umsetzung müssen wir immer auf den ersten Punkt zurückkommen, nämlich auf das Wohl der Kinder und Jugendlichen. Wir müssen uns fragen, mit welchen pädagogischen Möglichkeiten wir dieses Wohl erreichen. Meine Vorredner aus den beiden Regierungsfractionen FREIE WÄHLER und CSU haben dazu ganz klar gesagt: Wir wollen auch gerne einen Vorzug von praktischen, projektorientierten Modulen vor Unterrichtsfächern mit 45-Minuten-Einheiten.

An den Landesuniversitäten gibt es übrigens sehr praxisorientierte Blockseminare, die mehr Möglichkeiten als einstündige Fächer bieten. Wir wollen diese Inhalte an allen Schularten verstärken. Ich nehme hier das Gymnasium, das mir als ehemaligem Gymnasiallehrer sehr nahe ist, absolut nicht aus. Im Gegenteil, im Gymnasium müssen wir hierauf einen besonderen Fokus legen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben die Richtung mit der heutigen Aktuellen Stunde klar vorgezeichnet. Die Zukunft wird zeigen, wie und in welcher Geschwindigkeit wir dies umsetzen. Die Regierungsfractionen haben einen Weg gewählt, der in die richtige Richtung weist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Alltagskompetenz, ein Begriff, der in diesem Hohen Haus noch nie so umstritten war wie heute. Für mich ist die Alltagskompetenz ein sehr wichtiges Thema. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben dieses Thema jedoch vermässelt. Sie haben nämlich die Elternschaft in Bayern zu einem lukrativen Einkommensmodell gemacht und damit die Kinder in die Obhut der Krippen, der Horte und der Kitas gegeben.

Was war die Folge? – Sie haben die Eltern zunehmend der Chance beraubt, ihren Kindern selbst die wichtigsten Alltagskompetenzen in der Lebens- und Wertegemeinschaft Familie beizubringen, zu der auch Großeltern, Geschwister und andere wichtige Bezugspersonen gehören. Sie vermitteln Alltagskompetenzen im täglichen Leben. Wer am Mittagstisch nicht ruhig sitzen kann, kann das auch nicht am Klassenzimmertisch.

Gerade Kleinkinder brauchen diese Beziehung, um zu lernen, was sie müssen, was sie sollen und was sie dürfen. Dadurch werden sie zu einem sozialtauglichen individuellen Wesen. Ich möchte Ihnen unterstellen – ohne es heute von Ihnen gehört zu haben –, dass Sie dieses Modell als überkommenes Familienmodell der Nazi-Zeit diskreditieren. Meine Damen, das ist völlig falsch. Folgt man nämlich namhaften Pädagogen wie Rudolf Steiner oder Maria Montessori, ist niemand demokratischer als Kinder im Alter zwischen zwei und sechs Jahren, und zwar dann, wenn sie von Familien und familienergänzenden pädagogischen Einrichtungen

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): emotional gefördert werden. Ich wollte Ihnen dies einmal als abweichende Meinung sagen. Wenn Sie zugehört haben, haben Sie vielleicht auch etwas gelernt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. Zur Alltagskompetenz eines Abgeordneten gehört es auch, die Redezeiten einzuhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde ist beendet. Ich darf ankündigen, dass die FDP-Fraktion zum Gesetzentwurf zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern, Tagesordnungspunkt 3, namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes
(Drs. 18/5170)
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sorgsam mit der Heimat umgehen und trotzdem noch Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung ermöglichen, diesen Zielkonflikt wollen wir lösen. Wir werden das hinbekommen, indem wir möglichst alle Akteure ins Boot holen, von der Wirtschaft über die Kommunen bis hin zu den Architekten, den Grundbesitzern und dem Umweltschutz. Ein sehr breites Spektrum gesellschaftlicher Akteure möchte hier seine Meinung einbringen.

Wir haben in unserem Koalitionsvertrag das Ziel festgezurr, den Flächenverbrauch in Bayern bis zum Jahr 2030 auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen. Derzeit liegen wir bei zehn Hektar an erstmals planerisch in Anspruch genommener Fläche, einschließlich der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Nur die Hälfte dieser zehn Hektar sind am Ende versiegelt. Auf den restlichen Flächen stehen PV-Anlagen, Golfplätze und Sportplätze. Es handelt sich um reine Grünflächen.

In den Neunzigerjahren hatten wir schon einmal einen Flächenverbrauch von knapp 30 Hektar pro Tag. Das bedeutet, die Flächeninanspruchnahme sinkt, obwohl die Bevölkerung deutlich gewachsen ist. In den letzten fünf Jahren hatten wir in Bayern eine Bevölkerungszunahme von einer halben Million Menschen. In dieser Zeit konnten wir 600.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen. Mehr Menschen und mehr Arbeitsplätze bedeuten natürlich auch mehr Häuser, mehr Sportplätze, mehr Krankenhäuser, mehr Kindergärten, mehr Straßen usw. Wir müssen die Menschen auch künftig unterbringen und dürfen keine Wohnungsknappheit aufgrund einer falsch angesetzten Sparpolitik heraufbeschwören. Trotzdem wollen wir in Bayern möglichst viele Freiflächen für die Natur und die Landwirtschaft erhalten.

Sie wissen auch, dass wir in Bayern derzeit rund 12 % der Landesfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausweisen. Die Hälfte davon ist versiegelt. Schauen Sie sich diese 70.000 km² bayerische Landesfläche an: 12 % davon sind Verkehrs- und Siedlungseinrichtungen. Die Hälfte innerhalb dieser Verkehrs- und Siedlungsflächen ist aber immer noch grün. 6 % sind also definitiv wasserdicht versiegelt.

Jetzt ist unser Ziel, diese Zahl noch einmal zu halbieren. Da sind wir uns im Grunde mit vielen Akteuren, die auf der landespolitischen Arena unterwegs sind, einig. Wir sind uns nur über den Weg dorthin nicht einig. Vonseiten der GRÜNEN kommt, wie es über den ersten Versuch eines Volksbegehrens vorgezeichnet war, der Versuch, den Kommunen über einen wie auch immer zu findenden Schlüssel – Einwohnerzahl, Quadratkilometer, Gemeindefläche, wie auch immer – seitens der Münchner Staatsregierung eine Quadratmeterzahl pro Jahr zuzuweisen, innerhalb derer sie sich bewegen sollen.

Wir sagen: Das ist zu starr, das ist nicht praxistauglich. Wir müssen mit den Kommunen gemeinsam Wege entwickeln, wie wir mit Fläche noch sorgsamer umgehen, aber wir dürfen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Eine überzogene Reglementierung von München aus würde dazu führen, dass Wohnraum eminent teurer werden würde, dass Arbeitsplatzansiedlung nicht mehr funktionieren würde und sich Grundstücksspekulanten und Wohnungsspekulanten freuen würden, weil plötzlich alles viel teuer wird. Die Mieter würden das beklagen, weil die Mietpreise steigen, und viele Unternehmer würden sich nicht mehr bei uns ansiedeln, sondern in Österreich oder in Tschechien. Wir sagen also ganz klar: Flächensparen ja, aber mit Vernunft und Augenmaß, nicht mit Ideologie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Wir haben hierzu in einer Flächensparoffensive einen breiten gesellschaftlichen Konsens aufgesetzt, alle namhaften Akteure gehört und mit ihnen gesprochen. Wir glauben, einen vernünftigen, einen goldenen Mittelweg gefunden zu haben, der diese 5 Hektar als Ziel anstrebt, der aber vor allem über die Sensibilisierung der Akteure vorgeht und die kommunale Planungshoheit nicht einschränkt, sondern sagt: Liebe Kommunen, ihr seid weiterhin diejenigen, die vor Ort am besten wissen, ob noch Baugebiete ausgewiesen werden müssen oder nicht, aber wir schauen etwas genauer hin als in der Vergangenheit; wir erwarten hier einen standardisierten Bedarfsnachweis, dass wirklich erst Leerstand innerorts geprüft wird, Leerstandsmanagement betrieben wird – das wird finanziell gefördert – und erst dann, wenn es nicht anders geht, neue Fläche in Anspruch genommen wird.

Wir haben über das Bauministerium viele flankierende Maßnahmen auf den Weg gebracht: Indem künftig dichter und höher gebaut werden soll, indem wir Wohnraum innerorts bevorzugt auch mal mit größeren Wohneinheiten schaffen, nicht nur durch Einfamilienhäuser, sondern auch in ländlichen Regionen auch mal durch größere Wohneinheiten mit Singlewohnungen. Wir wollen den Dachgeschossausbau erleichtern, und viele Maßnahmen mehr. Wir wollen dorthin kommen, meine Damen und Herren, dass dieses Thema als Querschnittsthema für alle gesehen wird, dass die Landschaftsplaner, die Architekten und die Bürgermeister in ihren Kommunalparlamenten mehr über dieses Thema diskutieren. Deshalb machen wir eine Flächensparinformationsveranstaltung. Wir sind schon in neun Regionen gewesen, haben dort mit den Bürgermeistern gesprochen und werden diese Gespräche fortführen, in denen wir die Leute mit Best-Practice-Beispielen dort abholen, wo sie sind, in denen wir ihnen sagen, wie es besser geht, und in denen wir ihnen nicht einfach eine Quadratmeterzahl vor die Füße werfen und sagen "Friss oder stirb", sondern die Realitäten dieses Landes anbieten und wieder abbilden.

Ich sage Ihnen ganz klar: Es ist auch konjunkturabhängig. Es ist abhängig davon, wie viele Menschen in Zukunft nach Bayern kommen, wie viele Hektar wir hinten raus benötigen. Wenn eine Wirtschaftskrise käme, wovor Gott uns bewahren möge und was eine gute Politik verhindern möge, dann erreichen wir diese 5 Hektar vielleicht schneller, als uns lieb ist, und wir würden wieder Unternehmen hinterherlaufen und "Willst du nicht bitte ansiedeln?" sagen. Genauso wäre es, wenn Bayern ein Land wäre, wo die Menschen wegziehen, weil es ihnen andersorts besser gefallen würde. Auch dann würde die Nachfrage nach neuem Wohnraum weniger werden. Gott sei Dank ist es andersherum. Gott sei Dank ist Bayern nach wie vor ein Land, das vor allem innerhalb Deutschlands an Attraktivität gewinnt, sodass Menschen aus vielen anderen Regionen zu uns kommen.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch weiterhin nicht verbieten, dass Leute aus Metropolen wie München sagen, es gehört zu meinem Lebenstraum, ein Einfamilienhäuschen auf dem Land bauen zu dürfen und dort ein paar Kinder zur Welt zu bringen, die sich dann dort im grünen Garten aufhalten dürfen. – Wenn wir das alles verbieten würden und sagen würden, "Nein, wir wollen, dass ihr in den Städten bleibt und wir auf dem Land keine neuen Baugebiete mehr ausweisen", dann würden wir als Freistaat Bayern das Gesicht verlieren. Dann wären wir ein Land, das nicht mehr die Wünsche der Menschen umsetzt, sondern wären ein immer kälter werdender Staat, der vielleicht auf dem Papier irgendwelche Flächensparmodelle erfüllt, aber die Herzen der Bürger verliert. Das Land würde damit unattraktiver für die Menschen, und Sie würden Ihre Ziele vielleicht auch dadurch erreichen, dass Menschen aus Bayern wegziehen und keine neuen Häuser mehr bauen. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen, dass die Menschen hierbleiben und dass Bayern weiterhin schön ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Zuge dieses Flächensparvorhabens, das wir wie gesagt bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, gehen wir jetzt diesen Schritt in das Landesplanungsgesetz. Wir wollen diese 5 Hektar als Richtgröße einführen, nicht als verbindliche Vorgabe. Wir wollen dieses Ziel anstreben und mit vielen flankierenden Maßnahmen über die Landesentwicklungsplanung zu diesem Ziel kommen. Ich sage Ihnen noch eines: Bayern ist hier Vorreiter. Kein anderes Bundesland, auch dort nicht oder gerade dort nicht, wo Rot oder Grün mitregieren, hat dieses Thema überhaupt auf der Agenda, geschweige denn irgendwo in der politischen Umsetzung.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Nennen Sie mir ein Land, in dem die Zahlen Bayerns erreicht werden trotz Zuwachses bei der Bevölkerung und trotz wachsender Wirtschaft! Dort, wo die Leute davonlaufen, ist es einfacher, ohne neue Baugebiete auszukommen. Nennen Sie mir ein Land, das hier mit festgeschriebenen Kontingenten vorgeht! Nicht mal die Oberbürgermeisterkandidatin der GRÜNEN für München will das. Sie wollen uns das Ding auf den Bauch binden. Sie können das Ding behalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Damit glaube ich, dass diese Koalition auch bei diesem Thema wie auch bei vielen anderen Themen, die wir in letzter Zeit bearbeitet haben, einen vernünftigen, pragmatischen, bürgernahen Weg geht, der die Realität anerkennt, dass es nun einmal Menschen gibt, die noch Häuser bauen wollen. Wir wollen ihnen das nicht verbieten. Gott sei Dank gibt es noch Gemeinden, die Industrie ansiedeln wollen. Dann kommt aus gewissen Kreisen "Wir sind froh, wenn größere Industriebetriebe gar

nicht bei uns angesiedelt werden; dann sparen wir uns die Flächen; dann erreichen wir leichter unsere Flächensparziele". – Meine Damen und Herren, ja, so kann man es auch machen, indem man sagt, bleibt woanders, kommt bitte nicht nach Bayern, nur damit bei uns nicht mehr gebaut werden muss. Das kann nicht unser Ziel sein.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Das kam aus der Ecke vom Bund Naturschutz. Das kann man auch ansprechen. Meine Damen und Herren, insofern sind wir diejenigen, die unsere Heimat mit Vernunft bewahren, aber nicht den Menschen als Feind dieser Heimat sehen, sondern den Menschen in diesem Land noch einen Platz einräumen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn wir diesen Zielkonflikt auf viele praktische Beispiele herunterarbeiten, dann kommen wir für die Leute draußen, die damit umgehen müssen, zu lösungsorientiertem Vorgehen, nicht zu einer vor die Füße gekippten Formel, wo ein Bürgermeister sagen muss, ich kann keinen Geh- und Radweg mehr bauen oder keine Freiflächen-PV mehr zulassen, und dergleichen mehr. Wir wollen weiterhin Wohnungen, aber auch Freiflächen-PV-Anlagen bauen. Auch das rechne ich Ihnen kurz vor: Wenn wir von 5 Hektar pro Tag sprechen, dann sind das über das Jahr gerechnet knapp 2.000 Hektar. Wir haben jetzt – da sind wir uns in diesem Haus überwiegend einig – in Berlin mehr Freiflächen-PV durchgesetzt und dort bei der letzten Ausschreibung 85 % der neuen Anlagen gewonnen.

Wie sehen die Größenordnungen aus? – Mittlerweile werden in etwa 500 bis 700 Hektar pro Jahr für Freiflächen-PV-Anlagen benötigt. Wir haben bereits ein Viertel oder mehr der zugestandenen Fläche allein für Freiflächen-PV-Anlagen verwendet. Wenn Sie einem Bürgermeister draußen vorschreiben, dass er nur noch 1.000 m² pro Jahr zubauen dürfe, dann wird dieser keine Freiflächen-PV-Anlagen mehr genehmigen, keinen Sportplatz und keinen Geh- und Radweg mehr bauen. Die Bürgermeister werden nur noch Gewerbesteuer für Firmen mit hoher Rentabilität und hoher Gewerbesteuer bereitstellen. Vielleicht werden noch ein paar Häuser für Einheimische genehmigt, aber für Zugezogene wird kein Bauplatz mehr verfügbar sein. Wollen Sie das? – Ich will das nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Daher meine Bitte: Unterstützen Sie unsere Initiative Flächensparen mit Augenmaß. Wir legen hier vor. Bitte unterstützen Sie das Vorhaben. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Christian Zwanziger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! Warum führen wir die Debatte zum Flächenverbrauch überhaupt? – Weil wir nach wie vor viel zu sorglos mit einer wertvollen Ressource umgehen, weil wir, obwohl das freiwillige Bündnis für das Flächensparen älter ist als ein Jahrzehnt im Jahr 2018 weiterhin bei 10 Hektar pro Tag sind und weil wir Tag für Tag Fläche für Landwirtschaft, Natur und Erholung verlieren.

Damit Sie sich eine Fläche von täglich 10 Hektar einmal bildlich vorstellen können: Das entspricht, aufs Jahr gerechnet, der Größe meiner Heimatgemeinde Pommersfelden, in der ich aufgewachsen bin. Pro Jahr ist in Bayern einmal die Fläche von Pommersfelden weg, versiegelt und verloren für Landwirtschaft, Natur und Erholung.

(Zuruf von der CSU: Die Gemeinde verschwindet im schwarzen Loch! – Zuruf: Weil es ein schwarzes – – – Heiterkeit bei den GRÜNEN – Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie von Gewerbesteuer und vielem anderen sprechen, dann kommen Sie nach Pommersfelden. Dort steht ein Gewerbegebiet seit Mitte der 1990er-Jahre in Teilen leer. Was ist jetzt nach über zwanzig Jahren die Lösung?

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Sicher ein ökologisches Training!)

Ein Amazon-Lager, jetzt steht ein Amazon-Verteilzentrum zur Debatte. Ist das die Gewerbesteuer, sind das die Arbeitsplätze, die Sie sich vorstellen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zurück zum Gesetzentwurf: Ich begrüße die Begrenzung des Flächenverbrauchs im Koalitionsvertrag ausdrücklich. Diese finde ich gut. Ich verstehe nicht – das haben wir beim Flächenspargipfel auch schon nicht verstanden –, wie Sie einerseits sagen können, dass Sie auch 5 Hektar erreichen wollen – genauso wie in unserem Gesetzentwurf – und andererseits betonen, dass in Bayern nichts mehr vorgeht. Entweder meinen Sie die 5 Hektar nicht ernst, oder wir müssen uns sachlicher darüber unterhalten, wie wir die 5 Hektar erreichen können. Solche Pöbeleien bringen uns nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie setzen weiterhin auf ein zügelloses Wachstum. Wir wollen stattdessen die Lebensgrundlagen schützen. Der vorgelegte Gesetzentwurf ist ambitionslos, mutlos und – das ist zu befürchten – wirkungslos. Wenn Sie jetzt schon nicht dem Bund Naturschutz, dem LBV oder der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zuhören, dann hören Sie doch wenigstens Ihren Expertinnen und Experten zu. Sie haben vorhin davon gesprochen, dass Sie ein breites Bündnis hätten. Ja, Sie haben viele Experten gehört. Was haben Ihnen diese Experten zu Ihrem Gesetzentwurf geschrieben? – Ich zitiere:

Nur eine verbindliche Regelung ist in der Lage, Abwägungsentscheidungen zugunsten flächensparender, zumeist aufwändigerer Lösungen wirksam zu beeinflussen. Solange das Flächensparen nur eine verbindliche Empfehlung bleibt, werden die meisten Akteure den [...] einfacheren und stärker flächenbeanspruchenden Weg wählen [...]. Verbindliche Regelungen schaffen dagegen transparente und insbesondere faire Voraussetzungen zur Entwicklung kreativer, innovativer, städtebaulicher und architektonischer Lösungen.

Diese Aussagen trifft nicht irgendjemand, sondern das ist die gemeinsame Stellungnahme der Raumakademien, Kammern und Verbände zur Ihrer Änderung des Landesplanungsgesetzes. Das sind die Experten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die schreiben Ihnen ins Buch, dass sie Verbindlichkeiten wollen. Damit wir dieser gemeinsamen Initiative ein Gesicht geben: Die Initiative wird getragen von der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Bayern, dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege, der

Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, dem Bund Deutscher Architekten und vielen, vielen mehr. Sind das alles keine Experten? Wissen die nicht, wie es geht?

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Die sind schon etwas weg von dem Weg!)

Die schreiben es Ihnen rein und wollen Verbindlichkeit. Sie blenden diese Expertise völlig aus. Außerdem verweisen Sie darauf, dass Sie Instrumente zum Flächensparen liefern wollen. Auch das begrüße ich, auch wenn ich davon überzeugt bin, dass die Instrumente und Förderprogramme ihre Wirkung erst dann richtig entfalten würden, wenn wir einen verbindlichen Rahmen hätten, wie es die Experten fordern.

Wenn Sie den Hinweis auf die Instrumente ernst meinen, dann würden Sie beispielsweise die Forderung des Bayerischen Gemeindetags zur Innenentwicklung im Parlament verabschieden. Wir haben diese Forderung in einem Antrag eingebracht. Das ist die Forderung des Bayerischen Gemeindetags. Wir wollen den Gemeinden das Handwerkszeug geben. Die Regierungsfractionen haben das einfach abgelehnt. Solange Sie bei den Instrumenten nicht ernst machen, kann ich Sie nicht ernst nehmen. Sie verweigern den Kommunen damit das Handwerkszeug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So bleibt für mich bei all der Prosa zum Flächensparen wenig Substanz übrig. Es bleibt die unverbindliche Freiwilligkeit, noch dazu ohne den landesweiten Richtwert auf die Kommunen herunterzuberechnen. Das haben Sie selbst gesagt. Wie soll eine Kommune, die sich ernsthaft an den bayernweiten Richtwert halten will, planen, wenn sie nicht weiß, was es heißt, sich daran zu halten? – Das konnten Sie immer noch nicht erklären. Sie konnten genau so wenig erklären, warum bei Ihren 5 Hektar Bayern blüht und bei unseren 5 Hektar Bayern ins Mittelalter zurückfallen würde. Sie haben nun wieder die Mär von den Fuß- und Radwegen ausgepackt. Ich weiß nicht, durch welches Bundesland Sie den ganzen Tag fahren. Wenn nun die Fuß- und die Radwege die Flächentreiber in Bayern sind, dann bin ich wohl nicht in Bayern unterwegs. Es gibt Verteilzentren, große Autobahnkreuze und vieles mehr.

(Zuruf eines Abgeordneten der CSU)

Ihr Gesetzentwurf mit einem landesweiten Richtwert und einer Freiwilligkeit ist ein ambitionsloses und blankes "Weiter so". Als tourismuspolitischer Sprecher sage ich: Sie riskieren ganz nebenbei wertvolles Kapital für den Freistaat. Sie sind ja auch für den Tourismus zuständig. Die Menschen kommen nämlich wegen der schönen und der gewachsenen Kulturlandschaft nach Bayern. All das riskieren Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen mein Appell an Sie: Springen Sie endlich über Ihren Schatten, schenken Sie der Fachwelt mehr Aufmerksamkeit, nehmen Sie Ihren Mut zusammen, beenden Sie den Unterbietungswettbewerb und schaffen Sie endlich verbindliche und verlässliche Regelungen. Helfen Sie mit, wertvolle Flächen für Landwirtschaft, Natur und Erholung zu erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Alexander König von der CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben sich vorgenommen, den Verbrauch bzw. den Ge-

brauch der Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke zu reduzieren. Das ist ein ehrgeiziges Ziel in einem Land wie Bayern, das seit Jahren – Gott sei Dank – wirtschaftliches Wachstum und, wie der Herr Minister richtig ausgeführt hat, auch eine stark wachsende Bevölkerung aufzuweisen hat. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes soll ein neuer Grundsatz zur Vermeidung von Zersiedelung sowie zur Förderung des Flächen-sparens, eine bis zum Jahr 2030 anzustrebende Richtgröße von 5 Hektar pro Tag für die Inanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen in das Gesetz eingefügt werden.

Der Flächenverbrauch durch die Ansiedlung von Verkehrsflächen betrug im Jahr 2018 im Durchschnitt 10 Hektar, im Jahr 2017 waren es im Durchschnitt 11,7 Hektar pro Tag. Insgesamt wurden im Jahr 2018 3.645 Hektar Fläche verbraucht. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasste Ende 2018 in Bayern 851.243 Hektar. Das sind die benannten 12,1 % der bayerischen Landesfläche. Der Zuwachs dieses Verbrauchs von 3.645 Hektar entspricht 0,05 % der Landesfläche. Sie können das gerne nachrechnen.

Herr Kollege Zwanziger, Ihre Ausführungen haben wieder einmal deutlich gemacht, dass die GRÜNEN ein sachliches Thema immer wieder versuchen, emotional hochzuschießen. Sie versuchen immer wieder, das Thema von der sachlichen auf die emotionale Ebene zu holen, um damit Stimmung zu machen. Daher kommen dann auch unpassende Worte wie Flächenfraß statt Flächenverbrauch bzw. -gebrauch zustande. Der Begriff des Flächenfraßes, von dem die GRÜNEN sprechen, ist in diesem Zusammenhang genauso unangebracht wie der Gebrauch des Wortes Massentierhaltung für die Tierhaltung unserer Bauern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, rechnen Sie bitte mit: Angenommen wir würden den derzeitigen Flächenverbrauch von 10 Hektar pro Tag in den nächsten hundert Jahren fortsetzen – man muss in die Zukunft schauen –, dann ergäbe sich, mal hundert genommen, in hundert Jahren ein Verbrauch von 364.500 Hektar. Das würde 5,16 % unserer Landesfläche entsprechen. Wenn sie diese 5,16 % zu den 12,1 % dazuzählen, dann hätten Sie bei einem weiter anhaltenden Flächenverbrauch von 10 Hektar pro Tag in hundert Jahren, also im Jahr 2118, einen Flächenverbrauch von 17,26 % der Landesfläche. Diese Fläche würde dann insgesamt von Siedlungs- und Verkehrsflächen gebraucht. 82,74 % der Landesfläche wären auch in hundert Jahren immer noch nicht Siedlungs- und Verkehrsfläche.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das können Sie hochrechnen. Das können Sie sogar noch dramatischer hochrechnen, wenn Sie es einmal für tausend Jahre hochrechnen. Das will ich Ihnen jetzt ersparen, bitte rechnen Sie selbst nach.

Wir hingegen wollen, das hat Herr Staatsminister deutlich gemacht, den Flächenverbrauch reduzieren. Wenn es gelingen sollte, den Verbrauch an Siedlungs- und Verkehrsflächen so, wie das die Staatsregierung anstrebt, zu halbieren, dann würden sich die von mir soeben genannten Zahlen halbieren. Die Zahlen machen deutlich, dass ein Gegensteuern Sinn macht, auch wenn unsere Wirtschaft hoffentlich weiter wächst. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass auch unsere Bevölkerung weiter wachsen wird. Kolleginnen und Kollegen, mehr Arbeitsplätze sind ohne einen zusätzlichen Verbrauch an Siedlungs- und Verkehrsflächen nicht machbar. Auch die wachsende Bevölkerung wird mehr Siedlungs- und Verkehrsfläche brauchen, das ist klar.

Meine Damen und Herren, auch Folgendes sei hier angesprochen: Ein Mehr an regenerativen Energieträgern bedeutet mehr Verkehrsfläche. Photovoltaikanlagen brauchen ebenso Flächen wie Kindergärten, Schulen, Universitäten, Wohnungen, Straßen, Radwege usw. Auch Sport- und Freizeiteinrichtungen, Grünanlagen, Golfplätze, Spielplätze, all das braucht Fläche und fließt in die Statistik ein, von der ich soeben gesprochen habe. Bei dem Verbrauch an Siedlungs- und Verkehrsflächen wird rund die Hälfte – das hat der Herr Staatsminister schon gesagt – der Flächen tatsächlich versiegelt. Das entspricht 6 % der Landesfläche. Wenn Sie an die hundert Jahre denken, die ich Ihnen vorgerechnet habe, dann bedeutet das beim derzeitigen Verbrauch einen Zuwachs von mehr als 2,5 % oder, wenn es uns gelingt, den Verbrauch zu halbieren, dann würde das rund 1,3 % an versiegelter Landesfläche bedeuten. Das ist eine Größenordnung für hundert Jahre, die natürlich bedacht werden will und muss.

Mit der Einführung des neuen Grundsatzes Nummer 3 "Vermeidung von Zersiedelung; Flächen sparen" und der Einführung einer bis spätestens bis zum Jahr 2030 anzustrebenden Richtgröße von dann 5 Hektar pro Tag für die Inanspruchnahme von Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke und die entsprechenden Maßnahmen zur Unterstützung dieses Ziels will die Staatsregierung ein beachtliches Zeichen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Bayern setzen. Hier gehen wir wieder einmal bundesweit voran.

Nachdem Herr Kollege Zwanziger hier von den sogenannten Experten gesprochen hat, dann sei der Vollständigkeit halber erwähnt, Herr Kollege Zwanziger, dass im Rahmen der Anhörung die Praktiker, nämlich der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Landkreistag, sich schon strikt gegen diese Richtgröße gewandt haben. Sie befürchten, dass ihr Handlungsspielraum, dass ihre Möglichkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eingeengt werden könnten, wenn aus dem Richtwert eine verbindliche Zielgröße werden wird.

Das wird aber nicht der Fall sein. Diese Bedenken sind im Ergebnis nicht berechtigt. Die Staatsregierung hat sich in ihrem Gesetzentwurf nämlich dafür entschieden, eine Richtgröße als einen Grundsatz der Raumordnung einzufügen. Diese Richtgröße wird auch der Abwägung zugänglich sein, zumal Flächensparen im Einklang mit weiteren Zielen vorzustattgehen muss wie beispielsweise mit dem Ziel der Wohnraumversorgung oder mit dem Ausbau erneuerbarer Energie. Wir gehen, genau wie die Staatsregierung, davon aus, dass der anzustrebende Richtwert von 5 Hektar pro Tag nur mit einem Bündel von Maßnahmen erreicht werden kann und der aktiven Mitwirkung aller Vorhabensträger auf allen Ebenen bedarf.

Wenn man sieht, meine Damen und Herren, und das ist jetzt eine wichtige Zahl, dass der größte Teil des aktuellen Flächenverbrauchs, nämlich 64 %, in Wohnflächen, in Industrie- und Gewerbeflächen, Grünflächen, Spielplätze und Stellplätze geht und nicht in den Verkehrsbereich, dann wird ganz klar, dass eine Reduzierung dieses Flächenverbrauchs ohne aktive Mitwirkung der kommunalen Ebene im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung überhaupt nicht machbar sein wird.

Die Staatsregierung hat Maßnahmenbündel zum Flächensparen vorgelegt, das hat der Herr Staatsminister angesprochen. Der Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags hat vor Kurzem eine Anhörung beschlossen, die das Ziel hat, ganz ergebnisoffen zu ergründen, welche Maßnahmen geeignet sind, das Ziel des Flächensparens voranzubringen.

Der vorliegende Gesetzentwurf geht in die Beratungen in den Ausschüssen. Wir, Kolleginnen und Kollegen, sollten miteinander konstruktiv und vor allem, Herr Kollege Zwanziger, ergebnisoffen diesen Gesetzentwurf diskutieren. Darüber hinaus sollten wir nicht zuletzt auch die Erkenntnisse, die wir durch die beschlossene Anhörung im Wirtschaftsausschuss gewinnen werden, in unsere weiteren Überlegun-

gen einfließen lassen, damit wir bei dem Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren, vorankommen können. Kolleginnen und Kollegen, Bayern geht voran, auch beim Flächensparen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Bayerische Landesplanungsgesetz wird in Ausübung der Abweichungsbefugnisse vom Bundesrecht novelliert. So kommen wir zu zentralen Maßnahmen, unter anderem zu der materiellen Präklusionsvorschrift für das Beteiligungsverfahren bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen im Rahmen des Bayerischen Landesplanungsgesetzes. Wie gerade ausgeführt, gilt aber auch der Grundsatzkatalog, und das bedeutet hier insbesondere die Vermeidung von Zersiedelung und das Flächensparen bis hin zur Aufnahme der Richtgröße von 5 Hektar Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen am Tag.

Ich sage es hier noch einmal ganz, ganz deutlich: Eine verbindliche Obergrenze lehnen wir von den FREIEN WÄHLERN strikt ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben das Ziel, mit den vorhandenen Flächen sorgsam umzugehen. Zur Klarstellung möchte ich noch einmal darauf hinweisen, weshalb wir immer wieder von den 5 Hektar sprechen, die nun als Richtgröße verankert werden sollen. Grundlage hierfür war die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2002. Damals hat sich Deutschland zu einer Obergrenze von 30 Hektar pro Tag verpflichtet. Wenn wir aber genau betrachten, von welchen Maßnahmen wir beim Flächenverbrauch überhaupt sprechen, dann stellt sich heraus: Wir sprechen vom Siedlungsbau, vom Wohnungsbau. Wird denn nicht von allen gefordert, Wohnungen zu errichten, weil wir Wohnungsknappheit haben? – Wir sprechen von Industrie und Gewerbe, wir sprechen von Handel und Dienstleistung, und wir sprechen von Photovoltaikanlagen. Wir sprechen auch von den notwendigen Verkehrswegen, die wir alle benötigen und brauchen: Straßen, Wege, Bahnverkehr, Radverkehr, Flugverkehr und Schifffahrt. Alles das ist hier enthalten. Wir sprechen aber auch von Flächen, und das möchte ich in der Öffentlichkeit einmal ganz klar sagen, die wir für Sport, Freizeitanlagen, Erholung, Grünanlagen bis hin zu den Friedhöfen brauchen. Aber wissen Sie, womit ich ein Problem habe? – Mit Äußerungen wie beispielsweise Betonflut, Zubetonierung der Landschaft, Flächenfraß. – Sie dienen dem Ziel, das wir doch alle verfolgen, in keinsten Art und Weise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Das ist Stimmungsmache!)

Stellen wir das Ganze doch einmal ins Verhältnis: 12,1 % der bayerischen Landesfläche, die eine Größe von 70.000 Quadratkilometern hat, sind aktuell Siedlungs- und Verkehrsflächen. Was ist die Relation, Herr Kollege Zwanziger? Wissen Sie, wo Baden-Württemberg liegt? – Bei 15 %!

(Christian Zwanziger (GRÜNE): Ich bin Geograf!)

Bayern hat den niedrigsten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsflächen aller westdeutschen Bundesländer. Darauf weise ich hier noch einmal hin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Schauen wir uns auch das Verhältnis an, wie sich diese verbrauchte Fläche zusammensetzt. Wir reden vom Wohnen, das 3,1 % in Anspruch nimmt. Industrie und Gewerbe, die doch so stark angeprangert werden, nehmen nur 0,7 % der Fläche ein. Handel und Dienstleistung brauchen 0,3 %, der Verkehr 4,7 %. Ich bitte deshalb, mit konkreten und ehrlichen Zahlen zu argumentieren und nicht immer die Fusseln und Fasseln vorzutragen, die Sie hier bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, Bayern ist attraktiv und es wächst.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wie von unserem Herrn Staatsminister ausgeführt, hat Bayern in den letzten fünf Jahren 500.000 Einwohner und 600.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr bekommen. Das Besondere ist dabei: Die Hälfte davon ist in ländlichen Regionen entstanden. Das trägt zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in unserem Land bei. Das ist ein entscheidender Faktor, den man nicht konterkarieren sollte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unbestritten: Die Notwendigkeit, den Flächenverbrauch zu senken, ist gegeben; er ist dauerhaft zu verringern. Doch wir setzen hier auf den Konsens mit unseren Bürgern, mit den Kommunen und mit der Wirtschaft. Wir benötigen zukunftsweisende Lösungen und Maßnahmen, aber keine Verbote, damit die Bedarfe der Menschen auch in Zukunft erfüllt und gedeckt werden können.

Wenn Sie schon von Flächenzuweisungen und Kontingentierung sprechen, dürfen wir nicht vergessen: Wir haben differenzierte Gemeindegrößen; wir haben differenzierte Besiedlungsdichten; wir haben verschiedene Einwohnerentwicklungen; wir haben Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur. Die künftige Mobilität ist entscheidend, die Infrastruktur, alle Maßnahmen in Wissenschaft, Bildung, Gesundheit und Betreuung, all das ist zu entwickeln. Wie wollen Sie hier Kontingente vergeben? Ich frage mich das wirklich!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Eibl, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Ja, gut.

(Heiterkeit)

Jetzt wäre ich eigentlich erst richtig drin.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie können trotzdem am Rednerpult bleiben. Der Kollege Schuberl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Gerne. Dann habe ich noch Zeit.

Toni Schuberl (GRÜNE): Du darfst noch eine Minute reden. Herr Kollege, ich bin aus dem Bayerischen Wald wie du auch, und da gibt es einige Beispiele. Ich nenne Tittling; dort sind am Ortsrand vier Supermärkte, alle einstöckig, mit riesigen Parkplätzen. Ich habe dort mal nachgefragt, weil der Klärwärter gesagt hat, sie hätten dort ein Problem mit so viel Fremdwassereintrag, weil so viel über die Parkplätze kommt. Ich habe gefragt, warum die Gemeinde keine Tiefgaragen vorschreibt, im Erdgeschoss ein Supermarkt, darüber Büros und vielleicht sogar – je nachdem,

wie es städtebaulich passt – darüber Wohnungen. Dann würde man die Hälfte der Fläche brauchen, hätte aber dreimal so viel Nutzung. Man hat mir gesagt, das könnte man nicht machen, weil die Supermärkte sonst in einen anderen Ort abwandern würden.

Das ist das Problem mit der Freiwilligkeit. Wo bitte bekommen wir ein Problem mit zu wenigen Wohnungen, wo bekommen wir ein Problem mit zu wenigen Betrieben, wenn klug gebaut wird, wenn flächensparend gebaut wird, wenn man den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ein Werkzeug in die Hand gibt,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schubert, auch Ihre Redezeit ist zu Ende.

Toni Schubert (GRÜNE): damit sie die Konkurrenz nicht fürchten müssen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Genau das ist der entscheidende Faktor. Darum haben wir einen umfassenden Maßnahmenkatalog kreiert, darum gibt es in Zukunft in jedem Regierungsbezirk Flächensparmanager, die die Kommunen von Haus aus begleiten. Dahingehend werden die Maßnahmen eingeleitet.

Ich sage Ihnen mal eines: Man darf nicht immer mit dem Finger auf den anderen zeigen. Nicht jede Wählerin oder jeder Wähler der GRÜNEN wird die Ideologie mittragen, die Sie hier im Landtag vertreten. Das sage ich Ihnen an dieser Stelle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Wenn wir über dieses Thema Flächenfraß reden bzw. diesen Gesetzentwurf der Regierung, müssen wir auch einmal die Ursachen benennen, warum es in Ballungsräumen überhaupt so weit gekommen ist.

Zum einen ist es ganz wichtig, dass Wohnen und Gewerbe Entwicklungsflächen haben. Das sind die Blutadern der Wirtschaft; ohne Gewerbe können wir alles andere, was wir finanzieren wollen, vergessen.

Aber vor allem hat die Nullzinspolitik zu einer Explosion der Baupreise in den Ballungsräumen geführt. Das macht die bauliche Entwicklung für Wohnraum immer schwieriger.

Nicht zuletzt ist ein starker Druck auf die Sozialwohnungen durch die unkontrollierte Zuwanderung entstanden. Aber das Allerschlimmste für die Flächenentwicklung bzw. die Forderung, Flächen einzusparen, ist die falsche Infrastrukturpolitik. Wir müssen dringend entzerren. Ich habe schon in einer anderen Rede einmal erwähnt: Unter Franz Josef Strauß wurde in Regensburg und in Niederbayern durch BMW eine Infrastruktur aufgebaut. Die Menschen arbeiten dort, wo sie auch wohnen.

Nun zur LPG-Änderung. Das 5-Hektar-Ziel, diese Richtgröße bis 2030, lehnen wir ab, weil es zu starr ist. Wir meinen, dass Pragmatismus hier vor Ideologie geht. Der Antrag der GRÜNEN von vor ein paar Monaten war aus unserer Sicht planwirtschaftlich begründet. Wir wollen den Wettstreit der Kommunen. Es kann keinesfalls sein, dass – wie bei den GRÜNEN anvisiert – die wirtschaftlich Prosperierenden,

weil sie starke Unternehmen, Bürgermeister und Gemeinderäte haben, dafür bestraft werden, dass sie ihre Gemeinde zum Wohle der Bürger entwickelt haben.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen die Individualität der Entscheidung in den Gemeinden erhalten. Im Übrigen sind wir als AfD-Fraktion der Meinung, dass erst die Maßnahmen für die Nachverdichtung auf den Tisch kommen müssen, die angekündigt sind.

Wir wollen höher bauen. In den Haushaltsberatungen ist schon einmal angekungen, dass 1,1 Millionen Wohnungen entstehen könnten. Dazu müsste man natürlich das Baurecht, das Abstandsflächenrecht, ändern. Wir wollen in Gewerbegebieten Wohnungen, Betriebswohnungen, zulassen, dort den Bau fördern und auch den Sachbezug für Betriebsangehörige wie in Österreich hier deutlich günstiger machen, um das alles stimmig zu gestalten.

Wir wollen den Dachgeschossausbau genehmigungsfrei und nur anzeigepflichtig machen. Auch Dachfenstereinbauten und Dachgauben geringerer Größe wollen wir zulässig machen.

Wir möchten aber auch versuchen, das Bundesbaugesetz dahingehend zu ändern, dass in Bebauungsplänen Mindestbaugrößen vorgeschrieben werden können. Gerade im ländlichen Raum kann oft nicht so hoch gebaut werden, um Wohnraum zu schaffen, weil in den Gemeinden oft eine Neidsituation vorherrscht. Letztendlich bauen die, die Geld in die Hand nehmen.

Wir wollen die steuerliche Förderung der Wiederherstellung brachliegender Gebäude, die es in den Neunzigerjahren schon einmal gegeben hat, wieder einführen. Wir tragen die Klarstellung gegenüber dem Raumordnungsgesetz mit. Als langjähriger Kommunalpolitiker sehe ich diese LPG-Änderung ähnlich wie der Städte- und der Gemeindetag, dass man den Flächenverbrauch nicht durch Quoten festlegt. Auch ein starres Ziel ist aus unserer Sicht, wie ich vorher schon erwähnt habe, nicht wünschenswert. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, immer wenn ich unseren Herrn Wirtschaftsminister reden höre, fällt mir der schöne Satz ein: Nageln Sie mal einen Pudding an die Wand! – Maximal unverbindlich, maximal schwammig.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sind wir uns im Ziel, nämlich weniger Fläche zu versiegeln, durchaus alle einig. Dieses Projekt steht aber in großen Spannungsfeldern: zum einen, wie wir das mit Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zusammenbringen, und zum anderen, wie wir es schaffen, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Stadt und Land zu erhalten. Ich sage ausdrücklich "gleichwertig", nicht "gleich", weil wir auch beim Thema Flächensparen in Stadt und Land durchaus unterschiedliche Herausforderungen haben. Wir haben auf dem Land viel mehr Natur und mehr Platz für den Einzelnen. Das möchten wir auch so haben; dafür haben wir zum Beispiel auch deutlich weniger ÖPNV.

(Inge Aures (SPD): Genau!)

Wir haben andererseits aber immer mehr Orte, die wie Donuts ausschauen: In der Mitte ist Leerstand, und außen tummeln sich die Baugebiete und die Gewerbegebiete. Auch das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

In den Städten müssten wir, um Fläche zu sparen, auch mal so ehrlich sein und bei dem hohen Bedarf an Wohnungen anerkennen, dass wir in die Höhe und verdichtet bauen müssen. Da ist dann aber auch schnell Schluss mit dem Spaß; das sieht man an unserem Kultusminister Piazzolo. Also, wie machen wir es denn nun mit dem Flächensparen?

Der Gesetzentwurf ist sicherlich ein erster Schritt. Mit der Richtgröße von 5 Hektar pro Tag gibt er nur das Bundesziel weiter. Es ist ein hehres Ziel, es ist schnell formuliert, Papier ist sicherlich geduldig. Aber den einzelnen Regionen wird noch nicht mal ein Anhaltspunkt gegeben, in welchem Rahmen man in der Region mit dem Intensivieren des Flächensparens anfangen muss. Es gibt keine Richtgröße, es steht sogar ausdrücklich in der Begründung: Wir brechen das nicht auf die unteren Ebenen runter.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Was soll jetzt also der geneigte Bürgermeister tun? Soll er sagen: Na ja, ich mache jetzt kein neues Gewerbegebiet, wenn die Firmen kommen, ich baue kein neues Baugebiet, wenn die Kinder wieder nach Hause wollen, weil ich ja Flächen sparen soll. Das wird er nicht machen, sondern er wird sagen: Wir haben nur ein Ziel für ganz Bayern; der Nachbarbürgermeister wird schon sparen. Ich mache einfach so weiter wie immer.

Deshalb fordern wir, die Richtgrößen mindestens auf die Ebene der Landkreise runterzubrechen. Dann weiß man nämlich, worauf was man zuarbeitet. Eine Richtgröße hat nur Sinn, wenn man sich danach richten kann, sonst ist sie noch nicht einmal das Papier wert, auf dem sie geschrieben steht.

Was brauchen wir zusätzlich? – In aller Kürze: Erstens. Wir brauchen eine Verordnung, die eben genau beschreibt, was fünf Hektar in Bayern für die einzelnen Regionen bedeuten; und das bitte mit einer transparenten Begründung, warum man das genau so verteilt.

Zweitens braucht Freiwilligkeit – und ich bin ein großer Freund von Freiwilligkeit – Unterstützung. Unterstützung heißt zunächst einmal ein Sonderprogramm im Nachtragshaushalt für den Kauf von leerstehenden Häusern und deren Renovierung. Außerdem braucht es auch noch eine funktionierende Raumordnung auf allen Ebenen. Das hatten wir schon mal.

Drittens brauchen wir ganz schnell eine Änderung rechtlicher Grundlagen: eine Stärkung des Vorkaufsrechts, die Grundsteuer C und eine Begrenzung von Logistikzentren.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Annette Karl (SPD): Man kann nicht als Städter 100.000 Packerl pro Tag bestellen und dann sagen: Die Logistikzentren dafür hätten wir aber gerne auf dem Land.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu zwei weiteren Aspekten und Themen nur ganz kurz: Zunächst halten wir es für richtig, dass wir mit dem jetzt vorgelegten Entwurf ein Vollgesetz auf bayerischer Ebene bekommen. Im Interesse der Klarheit und auch der Anwendbarkeit ist es richtig, das alles aus einem Guss zu bekommen.

Punkt zwei: Wir bekommen auch Anpassungen an Artikel 32 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes, der die Vorlage des Raumordnungsberichtes behandelt. Dieser Raumordnungsbericht muss auch reformiert werden. Er wurde immer wieder zu spät vorgelegt. So, wie er angelegt war, hatte er mehr Autoren als Leser und muss deswegen auch überarbeitet werden. Wir empfehlen an dieser Stelle auch eine Ergänzung. Ich darf einen entsprechenden Ergänzungsantrag ankündigen, dass wir ergänzend zu diesem Raumordnungsbericht auch einen Gleichwertigkeitsbericht haben wollen. Wenn das Landesplanungsgesetz schon als die Grundlage und das Herzstück des Themas gleichwertige Lebensbedingungen verstanden werden darf und muss, dann soll die Staatsregierung in diesem Rahmen eben auch über die Fortschritte beim Thema gleichwertige Lebensbedingungen berichten müssen. Das ist ein Anliegen, und ich bitte, das auch im Ausschuss weiter und näher zu beraten.

Jetzt nur noch ganz kurz zu dem zentralen Thema des Flächensparens. Schon der Begriff an sich ist ja falsch. Flächen sparen können wir nicht. Wir begrüßen, dass Orientierung gegeben werden soll, anstatt Fesseln anzulegen. Wir begrüßen auch, dass mit diesem vorgelegten Entwurf das Flächensparen unterstützt werden soll, statt Entwicklung zu verbieten, und dass Sie den Städten und Gemeinden Freiheiten lassen, statt ihnen Entwicklungschancen zu rauben.

Aber wir müssen uns auch bewusst machen, wofür es im Einzelnen geht. Das hat auch schon Kollege Eibl anhand diverser Beispiele gemacht. Begriffe wie Schulen, Kindergärten, Fahrradwege, Park-and-Ride-Plätze, Kläranlagen, Feuerwehrhäuser und viele andere mehr müssen uns deutlich machen, dass es um wichtige Entwicklungen geht und dass solche Inanspruchnahmen von Flächen nur sehr selten mit Versiegelung und schon gar nichts mit Betonflut zu tun haben.

(Beifall bei der FDP)

Allerdings regen wir für die weiteren Beratungen auch an, noch mal über den Wert und die Wirkung des jetzt vorgelegten Entwurfs nachzudenken. Zu überlegen, ob dieser Richtwert und wie der Richtwert bei den Planungsträgern überhaupt ankommt. Wir haben 2.056 Gemeinden. Wir haben eine Vielzahl an staatlichen Fachplanungsträgern, und wir haben auch privat Planende, die vor allem im Außenbereich ohne die Gestaltung von Kommunen und Fachplanungsträgern Fläche in Anspruch nehmen.

Was bedeutet denn jetzt dieser vorgelegte Entwurf für all diese Planungsträger? – Ein Verstoß dagegen ist kaum monierbar. Er ist zuletzt auch kein wirksames Steuerungsinstrument über das hinaus, was wir gesetzlich schon haben. Ich darf nur noch einmal auf § 1a des Baugesetzbuches hinweisen: In Absatz 2 steht schon, dass mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden muss.

Wir fürchten, dass es viel mehr auch an dieser Stelle nicht ist, weil wir den Fachplanungsträgern nicht sagen können, was dieses Fünf-Hektar-Ziel für die einzelne Gemeinde genau bedeutet.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Alexander Muthmann (FDP): Mehr dazu im Ausschuss, herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern
(Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz - BayLözG) (Drs. 18/1823)
- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 34 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Bevor ich die Aussprache eröffne, teile ich Ihnen mit, dass die FDP-Fraktion namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf beantragt. – Ich erteile nun der Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es heute früh nicht mehr geschafft einzukaufen. Für mich ist das kein großes Problem. Wir sind zwar heute lange hier und morgen auch sehr lange, aber in München hat sich eine große Supermarktkette mit einem Bringservice zusammengeschlossen. Bei dem können Sie bis 24 Uhr bestellen. Pech für alle, die nicht in München wohnen. Bis 23 Uhr kann man auch am Hauptbahnhof einkaufen. Dort gibt es alles für den Reisebedarf, also für den sofortigen Verzehr, zum Beispiel Zwiebeln, rohe Kartoffeln, rohes Fleisch, Auberginen, Kürbisse.

Diese Lieferdienste lohnen sich nur für große Supermarktketten, und einen Laden am Hauptbahnhof kann sich in der Regel auch nur eine große Supermarktkette leisten. Pech für den kleinen Gemüsehändler an der Ecke, bei dem ich vielleicht gerne abends noch einkaufen würde, der aber leider nicht mal eben abends seinen Laden aufsperrn darf.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Weil er keinen Mitarbeiter dafür hat!)

Pech für alle Bürger, die keinen Hauptbahnhof in der Nähe haben; Pech für alle, die nicht in München wohnen.

(Tobias Reiß (CSU): Es gibt kein größeres Glück, als in München zu wohnen!)

Pech vor allem für kleine selbstständige Unternehmer; Pech auch für Verkäuferinnen, weil längere Ladenöffnungszeiten dafür sorgen, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die aktuelle Gesetzeslage führt zu vielen Paradoxa. Das Gesetz schränkt vor allen Dingen Verbraucher unnötig ein. Wieso darf ich als Verbraucher die Wurst um 22 Uhr an der Tankstelle kaufen? Große Supermarktketten haben zum Teil auch Lebensmittelautomaten oder sind eben am Hauptbahnhof. Das schränkt uns als Verbraucher unnötig ein und führt zu sehr langen Anfahrtswegen.

Gerade in Zeiten der Rationalisierung und Automatisierung bei den großen Handelsketten und gerade aufgrund der Verlagerung auf den Online-Handel ist es schon auch wichtig, dass wir Arbeitsplätze im Einzelhandel erhalten. Diese Arbeitsplätze werden durch längere Öffnungszeiten natürlich mehr. Der Arbeitsschutz ist ja geregelt; wir haben Arbeitsschutzgesetze. Daran ändert auch ein Ladenöffnungsgesetz nichts. Für Arbeitnehmer gibt es sehr genaue Arbeitsschutzgesetze. Das ist alles geregelt, das ist sicher. Vor allen Dingen wollen viele ja auch vom Nacht- oder Sonntagszuschlag profitieren. In unserem Fall, bei dem Gesetz heute, geht es vor allen Dingen um Nachtzuschläge. Wieso dürfen gerade Verkäufer das nicht? Wieso werden sie daran gehindert? Wieso gilt übrigens der von Ihnen so hochgehaltene Schutz eigentlich nicht für Tankwarte, Baristi, Barkeeper, Köche und vor allen Dingen auch für diejenigen, die die von Ihnen bestellten Lebensmittel liefern?

(Beifall bei der FDP)

Klar muss man nicht nach 20 Uhr arbeiten und einkaufen. Man muss auch nicht nach 20 Uhr essen gehen. Was ist denn mit dem Kellner und der Kellnerin, die nach 20 Uhr arbeiten? Sie lassen sich sicher gerne von ihnen bedienen. Ich werde morgen schauen, wer am Abend noch nach 20 Uhr in der Gaststätte sitzt und überhaupt kein Problem mit dem Arbeitnehmerschutz hat. Sie hätten Ihre Sachen auch vorher während des Tages einkaufen können.

Bayern will doch sonst immer Vorreiter sein. Beim Ladenschlussgesetz befindet sich der Freistaat aber auch Ihretwegen immer noch zwischen den Jahren 1996 und 2003. Seitdem sind die Regelungen zementiert, obwohl sich in der Lebenswirklichkeit wahnsinnig viel verändert hat. Diese Ladungsöffnungszeiten sind auch eher für ein klassisches Familienrollenbild geschaffen, demzufolge die Frau nachmittags einkaufen konnte. Auch das entspricht nicht mehr der Lebenswirklichkeit.

Bayern ist das einzige Land ohne Ladenöffnungsgesetz. Vor allen Dingen bedeutet ein liberales Ladenöffnungsgesetz nicht, dass alle Läden rund um die Uhr geöffnet haben. In unseren Nachbarbundesländern Baden-Württemberg und Hessen hat sich das sehr gut eingespielt. Dort richten sich die Ladenöffnungszeiten tatsächlich am Bedarf der Kunden aus, am Bedarf der Menschen, die arbeiten, am Bedarf der Familien, am Bedarf der Alleinerziehenden, die sich ihre Zeit frei einteilen wollen. Ich weiß, wovon ich rede.

Gerade in anderen Ländern, in denen ein anderer Ladenschluss gilt, profitieren die kleinen, inhabergeführten Läden ganz besonders, und eben nicht unbedingt die Großen. Es sind gerade die Kleinen, die sich dadurch Vorteile verschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Hören Sie auf, die Kunden zu bevormunden. Überlassen Sie ihnen die Entscheidung darüber, wann und wo sie einkaufen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Frau Abgeordnete Sandt, ich würde Sie bitten, noch einmal zum Rednerpult zu kommen. Wir haben eine Zwischenbemerkung.

Klaus Adelt (SPD): Frau Kollegin Sandt, ich habe eine Frage: Wie stellen Sie sich das im Lebensmitteleinzelhandel bei kleinen Betrieben, bei kleinen Läden, die inhabergeführt sind, vor? Heißt das für Sie, dass in Dorfläden oder in kleineren Läden der Inhaber den Laden nachts bis 23 Uhr geöffnet haben soll, um ihn am Morgen in der Früh um 6 Uhr wieder aufzumachen? Wie stellen Sie sich das im

Wettbewerb vor? Das würde mich interessieren. Vor allen Dingen müssen Sie erst einmal jemanden finden, der das auf Dauer macht.

Julika Sandt (FDP): Wir wollen, dass gerade niemand vorschreibt, was jemand zu tun und zu lassen hat. Jemand kann aber vielleicht einen Teilzeitjob irgendwo anders haben und abends dann, wenn der Supermarkt geschlossen hat, noch irgendwo einen Laden aufmachen wollen und dadurch einen Vorteil erzielen. Er kann sich seine Zeiten wirklich komplett frei einteilen.

(Tobias Reiß (CSU): Die haben doch überhaupt keine Chance im Wettbewerb! Wo soll der Kleine eine Chance haben? Das ist doch naiv! Das ist maximal naiv!)

Er wird eben nicht von der Politik, von uns bevormundet. In allen anderen Bundesländern läuft dies doch. Es ist naiv oder selbstgefällig zu behaupten, das ginge dort nicht.

(Tobias Reiß (CSU): Eure Argumentation ist selbstgefällig gegenüber den kleinen Einzelhändlern!)

Sie sehen doch, dass es überall sonst läuft und dass gerade die kleinen Läden oft davon profitieren, weil sie in ihrer Zeiteinteilung sehr viel freier sind. Sie dürfen – das ist das, was wir wollen. Sie dürfen!

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Schalk für die CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Schalk (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben über den Gesetzentwurf in Erster Lesung im Plenum und in diversen Ausschusssitzungen diskutiert. Bis auf die FDP haben diesen Gesetzentwurf alle Fraktionen abgelehnt. Dazu sind im Grunde auch alle Argumente ausgetauscht. Insofern werde ich mich auf einige wesentliche Aspekte beschränken.

Die FDP will eine Aufhebung der Ladenschlusszeiten, also mögliche Öffnungszeiten von 0 bis 24 Uhr. Begründet wird das immer wieder – auch in den Diskussionen, die wir in den letzten Wochen und Monaten geführt haben – mit dem Internet. Dieses sei 24 Stunden und 365 Tage im Jahr "geöffnet", und man könne deswegen den Geschäften die gleiche Freiheit geben. Aus meiner Sicht ist das nach wie vor kein gutes Argument. Oft sind es nämlich auch Bequemlichkeit und die vor Ort fehlende Einkaufsmöglichkeit, die Menschen dazu bewegt, im Internet zu bestellen. Dieses Kaufverhalten wird man nicht wesentlich verändern, wenn Öffnungszeiten rund um die Uhr ermöglicht werden.

(Beifall bei der CSU)

Auch durch Ihre ständige Betonung, dass keiner gezwungen ist, sein Geschäft zu öffnen – Frau Kollegin Sandt hat dies gerade auch getan –, wird das Argument nicht richtiger. Der Konkurrenzdruck wird viele Geschäfte dazu zwingen, länger zu öffnen. In der Folge bedeutet dies, dass es mehr Personal braucht; das bedeutet höhere Kosten. Die kleinen Geschäfte, den Mittelstand wird dies dann besonders hart treffen, viele inhabergeführte Geschäfte, in denen der Besitzer oft zulasten der eigenen Gesundheit, zulasten der eigenen Familie häufig selber im Geschäft steht, weil er dann entweder Probleme hat, Personal zu finden, oder weil es schlicht und einfach nicht bezahlbar ist, Personal anzustellen. Diese Besitzer werden sich noch

mehr aufarbeiten und am Ende des Tages ihr Geschäft möglicherweise zumachen. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

(Beifall bei der CSU)

Im Preiskampf mit Internet und mit großen Ketten können viele kleine und mittelständische Unternehmen nur durch Qualität in Service und Beratung mithalten. Dafür braucht es Fachpersonal. Dieses Fachpersonal bekommen diese Geschäfte nicht. Insofern würde eine solche Regelung bedeuten, dass diese Geschäfte aufgrund des Konkurrenzdrucks auf lange Sicht Existenzprobleme bekämen.

(Beifall bei der CSU)

Noch dazu sprechen wir ja jetzt schon vom Fachkräftemangel. Dieser würde sich – ich habe es gerade schon betont – noch verstärken.

Es wird auch nicht mehr Umsatz geben. Auch das ist ein Schlagwort, das oft gebracht wird: Die Geschäfte hätten dann Umsatzchance. Vielleicht wird es Verlagerungen geben. Es wird Verlagerungen hinsichtlich der Einkaufszeit und auch Verlagerungen zwischen den verschiedenen Unternehmensgrößen geben, weg vom Mittelstand hin zu den großen Ketten, die diese Öffnungszeiten anbieten können. Damit wird dieser Gesetzentwurf der FDP zu einem Gesetzentwurf für die großen Geschäfte, für die Ketten, für die Discounter.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Das gefällt Ihnen nicht; das ist schon klar; denn Sie hören nicht gerne, dass Sie eigentlich Politik gegen den Mittelstand machen. Mit diesem Gesetzentwurf tun Sie das aber.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

Das, was Sie von der FDP fordern, befördert das Sterben vieler kleiner Läden mit individuellem Charakter. Der Mittelstand wäre der große Verlierer. Wir als CSU stehen zu unserem Mittelstand und vertreten auch dessen Interessen. Deswegen werden wir diesen Gesetzentwurf weiterhin ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Diskussion kommt öfter der Aspekt der sich verändernden Arbeitswelt – auch das wurde in den Beratungen immer wieder angeführt –; die Arbeitswelt unterliege doch gewissen Veränderungen, und man solle doch jetzt auch die Ladenöffnungszeiten anpassen – Kollegin Sandt hat gerade etwas Ähnliches angedeutet.

Natürlich ist mir bewusst, dass der klassische Nine-to-five-Job nicht mehr in jener Form wie vielleicht vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren existiert. Die Arbeitswelt ist vielschichtiger geworden. Trotzdem brauchen wir aus meiner Sicht die Ladenöffnungszeiten nicht zu ändern; denn was wäre der Effekt, wenn wir die Ladenöffnungszeiten ändern würden? – Der Effekt wäre nicht, dass wir diese Entwicklung in irgendeiner Form abmildern würden. Der Effekt wäre, dass der Ladenschluss ein Brandbeschleuniger für diese Entwicklung werden und das Ganze noch viel stärker ausufern würde. Die Leidtragenden wären am Ende die Beschäftigten. Für viele Beschäftigte ist eine Ladenöffnung von 0 bis 24 Uhr nicht mehr mit der Familie vereinbar und auch nicht mehr mit dem Engagement im Ehrenamt vereinbar, das wir sonst auch zu Recht immer wieder positiv hervorheben.

Wir als CSU stehen für eine familienfreundliche Politik und sind deswegen gegen eine Ladenöffnung rund um die Uhr. Es gibt – da hat Kollegin Sandt recht – auch

jetzt schon Menschen, die bis in den Abend hinein arbeiten. Es gibt auch jetzt schon Menschen, die in der Gastronomie an den Abenden und an den Wochenenden arbeiten. Die Frage ist aber: Wollen wir das immer noch weiter ausweiten? Wollen wir das durch eine Lockerung des Ladenschlusses noch weiter ausweiten? Es gibt diese Arbeitsplätze. Wer in den Randzeiten arbeiten möchte, darf dies jetzt schon tun. Wir müssen das aus meiner Sicht aber nicht auch noch ausweiten – auf dem Rücken unserer Beschäftigten, auf dem Rücken unserer Mittelständler.

(Beifall bei der CSU)

Wir können und werden uns nicht den Umsatzwünschen von einigen Konzernen beugen, sondern wir müssen kleine und mittelständische Betriebe, Arbeitnehmer in Bayern, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und viele mehr bei solchen Entscheidungen berücksichtigen. Unsere Aufgabe ist auch der Schutz der Familie und familiärer Strukturen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wollen die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten nicht, und eine Mehrheit der Bevölkerung möchte sie auch nicht. Es gibt eine Umfrage des Bayerischen Rundfunks vom Februar 2019 – ich habe sie bereits in der Ersten Lesung zitiert. Diese Umfrage belegt: 56 % der Befragten wollen keine Änderung der Ladenöffnungszeiten, 38 % plädieren dafür.

Interessant fand ich bei einer Berichterstattung über die Erste Lesung zu diesem Gesetzentwurf die Reaktion von Passanten, die, glaube ich, in der Fußgängerzone aufgenommen wurden. Dabei hat eine Passantin, die gefragt wurde, sinngemäß geäußert, sie fände es schon schön, wenn sie bis 21, 22 oder 23 Uhr Lebensmittel einkaufen könnte, aber zum Beispiel im Bekleidungseinzelhandel würde sie dafür plädieren, um 19 Uhr zu schließen. Darunter stand, dass die Dame im Bekleidungseinzelhandel arbeitet.

Genau das ist das Problem: Die Betroffenen wollen das nicht. Möglicherweise wollen es einige Konsumenten. Wenn Sie heute fragen: "Wollen Sie vielleicht auch abends um 22 oder 23 Uhr einkaufen gehen?", dann wird es viele von uns geben, die sagen: "Na ja, warum nicht?" Aber diejenigen, die es ausbaden müssen, diejenigen, die arbeiten müssen, wollen das mehrheitlich nicht.

(Zuruf von der AfD)

Deshalb lehnen wir als CSU diesen Gesetzentwurf nach wie vor ab. Das hat nichts mit naiv oder selbstgefällig zu tun, sondern ist ein Eintreten für den Mittelstand, für die Beschäftigten, für die Familien im Land. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Julika Sandt von der FDP-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Abgesehen davon, dass es nicht stimmt, dass die Betroffenen das alle nicht wollen – wenn ich einkaufe, sehe ich ständig Studenten an den Kassen, die neben ihrem Studium sehr gerne arbeiten wollen –,

(Zurufe von der SPD)

fußt Ihre gesamte Argumentation darauf, dass es zu wenig Personal gäbe und dass deswegen die Großen bevorzugt würden. Dieses Argument finde ich nicht schlüssig.

Gerade wenn ich wenig Personal habe, habe ich als kleiner, inhabergeführter Laden, als Mittelständler durch längere Ladenöffnungszeiten und mehr Freiheiten doch einen Riesenvorteil. Gerade wenn es stimmt, dass es – wie Sie sagen – wenig Personal gibt, haben die großen Ketten, die personalintensiv sind und an den Kassen mehrere Menschen brauchen, eher ein Problem, wenn sie Personal einteilen müssen. Das ist doch gerade ein Riesenargument dafür, dass lockere Ladenöffnungszeiten mittelstandsfreundlich sind.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Schalk (CSU): Das Konzept der Discounter belegt genau das Gegenteil. Wenn man sich Fachgeschäfte anschaut, stellt man fest, dass sie logischerweise wesentlich personalintensiver sind – durch mehr Qualität in der Beratung, durch mehr Service – als beispielsweise Discounter. Ich habe gerade ausgeführt, dass sich die Discounter, die großen Ketten leichter tun werden, weil sie einfach mit weniger Personal arbeiten können. Aber gerade die Fachgeschäfte des Mittelstands, die das sind, was wir wollen – wenn wir in den Kommunen über Stadtentwicklung, über kommunale Entwicklung diskutieren, dann beschwören wir alle immer die kleinen Fachgeschäfte –, genau diese werden damit geschwächt.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Barbara Fuchs. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Beratung vom 5. Juni 2019 wurde uns unter anderem vorgeworfen, dass wir aus dem Thema Ladenschluss einen Geschlechterkampf machen würden. Tatsache ist aber einfach: In Bayern sind 70 % der 500.000 Beschäftigten im Einzelhandel Frauen. Wenn die Liberalen den Ladenbesitzerinnen und Ladenbesitzern die Möglichkeit geben wollen, ihre Läden länger zu öffnen, dann sind das zwar Möglichkeiten für die einen, aber Verpflichtungen für die anderen, weil der Dienstplan das dann einfach vorschreibt.

Die kleinen Läden, die Sie beschreiben, können es sich nicht leisten, mehr Personal einzustellen, weil der Gesamtumsatz ja nicht steigt, nur die zeitliche Verteilung ändert sich. Sie können da einfach nicht konkurrieren.

Eine weitere Tatsache ist, dass einfach eine andere Art von Arbeitsplätzen entsteht. Das zeigt sich in anderen Bundesländern mit längeren Öffnungszeiten. Dort gibt es mehr geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, mehr Teilzeitarbeit, Leiharbeit und prekäre Beschäftigungen. Das sind nicht alles Studentinnen und Studenten.

Die Zahl der Vollzeitverhältnisse mit geregelten Arbeitszeiten hat sich in diesen Bundesländern im Einzelhandel verringert. Die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert, vor allem für alleinerziehende Mütter und Väter. Viel wichtiger ist an dieser Stelle erst einmal eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung bis 20 Uhr. Dafür können wir uns gerne gemeinsam einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Rahmen der Ersten Lesung, sehr geehrte Frau Sandt – ich habe es nachgelesen und habe das Protokoll auch hier, weil ich dachte, ich hätte mich vielleicht verhört –, haben Sie mich gefragt, wie es denn eigentlich mit unserem Familienbild stehe. Wir sprachen gerade vom Thema Frau. Sie haben auch gesagt, Sie seien alleinerziehende Mutter und würden sich oft sehr freuen, spätabends noch einkau-

fen gehen zu können. Sie haben gefragt, ob es dem Frauenbild der GRÜNEN entspreche, wenn Frauen nicht mehr einkaufen gehen könnten, nachdem sie die Kinder ins Bett gebracht hätten – aus dem Protokoll zitiert.

Das Familienbild der GRÜNEN sieht natürlich vor, dass Frauen auch einkaufen gehen können sollten; allerdings ist es nicht unser ultimativer Schwerpunkt, shoppen zu gehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Aber Sie betonen das immer. Ich spreche eigentlich selten über Privates; denn Privates ist privat, aber einmal möchte ich sagen: Ich war in den Achtzigerjahren in Vollzeit berufstätig und auch alleinerziehend, und zwar ohne Netz und doppelten Boden. Damals hatten die Läden bis 18 Uhr geöffnet. Aber wie verbringt eine alleinerziehende Mutter denn den Abend? Sie kümmert sich noch um irgendetwas, was im Haushalt zu tun ist. Sie organisiert vielleicht den nächsten Tag oder die nächsten Tage, weil Ferien sind oder das Kind krank ist. Vielleicht schläft sie auch ein, weil sie nach einem langen Tag einfach müde ist. Aber, ganz ehrlich, in all diesen vielen Jahren ist mir nicht einmal um 9 Uhr abends eingefallen, dass ich gerne noch einkaufen gehen würde.

Dann sprachen Sie von der Zeit, wenn man die Kinder ins Bett gebracht hat. Dazu noch eine Tatsache: Eine alleinerziehende Mutter, die ihre Kinder ins Bett gebracht hat, kann gar nicht weggehen – außer sie hat sich einen Babysitter organisiert. Aber das ist ja wieder ein Sonderfall.

(Zuruf von der FDP: Wie machen das alle anderen Berufsgruppen? – Unruhe)

Dieses Argument ist also in sich nicht logisch. Wir GRÜNEN haben uns wirklich intensiv und durchaus kontrovers mit diesem Thema beschäftigt, die vorgeschlagene Ausweitung auf 0 bis 24 Uhr lehnen wir jedoch ab.

Die maximal vier anlassbezogen verkaufsoffenen Sonntage haben sich in vielen Kommunen bewährt und sollten deshalb gesetzlich abgesichert werden, damit Kommunen und Betriebe Planungssicherheit haben. Eine Ausweitung auf sechs Sonntage lehnen wir ab.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass wir GRÜNEN den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen. In anderen Bundesländern wurde durch eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten weder mehr Umsatz erwirtschaftet noch das Online-Shopping-Angebot vermindert.

Wir wollen keine weitere Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse im Einzelhandel. Vielmehr wollen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Hagen von der FDP-Fraktion vor. Herr Abgeordneter, Sie haben Wort.

Martin Hagen (FDP): Frau Kollegin Fuchs, Sie haben von der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse durch längere gesetzliche Öffnungszeiten gesprochen, wie wir sie in anderen Bundesländern haben. Nun regiert Ihre Partei in einigen dieser anderen Bundesländer mit; in Baden-Württemberg stellen Sie sogar den Ministerpräsidenten. Dort haben Sie eine Regelung, die der Regelung, die wir heute vorschlagen, sehr ähnlich ist.

Haben Sie als grüne Partei in irgendeinem dieser Bundesländer jemals beantragt, die Ladenschlusszeiten wieder auf 20 Uhr zurückzudrehen? Falls nein – ich konnte keinen solchen Antrag von Ihnen finden –: Warum ticken die GRÜNEN in anderen Bundesländern so vollkommen anders als die GRÜNEN in Bayern?

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Hagen, wenn Sie genau zugehört haben, haben Sie vielleicht gehört, dass ich gesagt habe, dass wir – erstens – durchaus kontrovers diskutiert haben und – zweitens – diese Regelung von 0 bis 24 Uhr an sieben Tagen in der Woche ablehnen.

(Martin Hagen (FDP): Das ist nicht beantragt! Sechs Tage!)

– Sechs Tage, Entschuldigung.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir haben also kontrovers diskutiert. Natürlich gibt es vielleicht irgendwann irgend ein Fenster für Debatten, das mag wohl sein. Ich habe ja auch ehrlich gesagt, dass wir kontrovers diskutiert haben. Aber eine Öffnung von 0 bis 24 Uhr an sechs Tagen die Woche und an sechs Sonntagen, das ist definitiv nicht unser Weg. Deswegen lehnen wir das ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist Herr Abgeordneter Johann Häusler. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr stellvertretender Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion soll signifikante Erweiterungen der Ladenöffnungszeiten ermöglichen, das heißt an Werktagen eine durchgängige Öffnungszeit von 0 bis 24 Uhr und die Ausweitung von vier auf sechs Sonntage im Jahresablauf, jeweils anlassbezogen. Das beinhaltet der jetzige Gesetzentwurf für ein Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz.

Wir in Bayern haben als Rechtsgrundlage das Bundesladenschlussgesetz, das für uns im Wesentlichen auch funktioniert, und haben deswegen bisher auch keine Veranlassung gehabt, etwas zu ändern. Die anderen 15 Bundesländer haben aufgrund der Länderöffnungsklausel eigene Ladenschlussgesetze, in deren Folge sich aber nicht das widerspiegelt, was uns von der Kollegin der FDP erklärt wurde.

Wir FREIEN WÄHLER – das sage ich ganz deutlich – verweigern keineswegs eine gewisse Liberalisierung. Wir stehen flexiblen Arbeitszeiten grundsätzlich offen gegenüber, soweit sie zu keiner Ausweitung führen, solange sie – das ist für uns prioritär – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im positiven Sinne beeinflussen und soweit sie sowohl den Interessen der Beschäftigten als auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Betriebe dienen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Gesetzentwurf der Freien Demokraten widerspricht genau diesem Anspruch. Die Ladenöffnungszeiten würden sich um bis zu 60 Wochenstunden erhöhen. Kleine familiengeführte Betriebe können das nicht, aber Große, Ketten, Filialisten, Discounter, können dies – wir haben es vorhin schon gehört – aufgrund der höheren

Effizienz des Arbeitseinsatzes leisten. Das würde wesentliche Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube auch, wir können es unseren mittelständischen Familienbetrieben nicht zumuten, die Ladenöffnungszeiten zulasten der Familie zu erweitern. Wir haben auch einen sozialpolitischen Auftrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Mittelstandsgefährdende gesetzliche Regelungen lehnen wir FREIEN WÄHLER grundsätzlich ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nicht nur wir, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung und eine erdrückende Mehrheit der Handwerksbetriebe und der Ladeninhaber, nämlich über 80 %, stellen sich konsequent gegen diese längeren, durchgängigen Ladenöffnungszeiten.

Das sind auch genau die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern. Es entstehen keine zusätzlichen Umsätze, sondern es kommt zu Umsatzverlagerungen. Allerdings entstehen Kostenmehrungen und ein verstärkter Druck auf den Arbeitsmarkt bzw. auf die Fachkräfte. Letztlich – das sollte jedem klar sein – können die Menschen auch bei längeren Öffnungszeiten nicht mehr einkaufen, weil sie das Geld dazu gar nicht haben. Es ist auch eine Frage der Zumutbarkeit, wenn eine Verkäuferin nachts um 24 Uhr noch tätig sein soll. Das entspricht nicht unserem Weltbild, und das wollen wir so nicht mittragen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch zwei weitere Sonntagsöffnungen entsprechen nicht unbedingt unserem Familienbild. Die Familienfreundlichkeit soll Platz in unserer Gesellschaft haben. Bezüglich der Anlassbezogenheit sollten wir uns tatsächlich noch Gedanken machen, um sie noch besser und genauer zu definieren und so gleichmäßige Vollzüge zu gewährleisten.

Die weitgehende Freistellung der Öffnungszeiten rund um die Uhr hat auch gravierende Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und die Chancengleichheit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Es ist logisch, dass urbane Zentren durchaus attraktive Angebote hieraus ableiten könnten. Aber in der Fläche, im ländlichen Raum, führt das zu erheblichen Wettbewerbsbenachteiligungen, es führt zum Ausbluten unserer Kleinstbetriebe und zu einer Verstärkung der Versorgungsproblematik.

Als Fazit bleibt nur zu sagen: Diesen Antrag werden wir gemeinsam ablehnen. Ich denke, wir sind derzeit richtig aufgestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, der Herr Abgeordnete Matthias Fischbach hat sich für die FDP-Fraktion zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Gerne.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Häusler, wie können Sie diese Position eigentlich mit dem Grundsatz "Leben und leben lassen" vereinbaren? – Sie haben die anderen Bundesländer angesprochen. Also gehen wir einmal über die Grenze. Ich habe zum Beispiel in Baden-Württemberg studiert und wollte beim Lernen nicht um sieben Uhr den Stift fallen lassen, schon gar nicht vor den Klausuren.

(Unruhe – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Nach dem Einkaufen lernen!)

Ich habe es genossen, dass ich auch einmal länger lernen und danach einkaufen konnte, was nötig war.

Danach war ich für verschiedene Projekte in Hessen tätig, bei denen ich keinen Nine-to-five-Job hatte und auch schon mal nach acht Uhr nach Hause gekommen bin und auf dem Heimweg einkaufen gehen musste.

Warum eröffnen Sie uns nicht auch hier in Bayern mehr Lebensqualität? Warum wollen Sie solche Prinzipien hier nicht durchsetzen?

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Alltagskompetenz bei der Bedarfsplanung!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Häusler, Sie haben das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Fischbach, das lässt sich relativ einfach beantworten. Wer innerhalb von 14 Stunden am Tag nicht in der Lage ist, seinen Grundbedarf zu sichern, der wird es auch in 24 Stunden nicht schaffen.

(Starker Beifall von den FREIEN WÄHLER, der CSU und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Uli Henkel. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Sehr verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Regelung der Ladenöffnungszeiten serviert uns die FDP heute einen echten Klassiker aus der Küche liberaler Wirtschaftspolitik. Der Terminus "Regelung" – das sei für den des FDP-Sprechers nicht Mächtigen vorausgeschickt – ist linguistisch zwar mit dem gleichnamigen deutschen Begriff verwandt, muss aber in Wahrheit mit "Deregulierung" übersetzt werden; denn, von einigen Einschränkungen für Sonn- und Feiertage abgesehen, soll der gesetzliche Ladenschluss, wenn es nach der FDP geht, nun auch in Bayern Geschichte sein.

Tatsächlich beschränken neben Bayern nur noch drei andere Bundesländer die Ladenöffnungszeiten, und zu Recht weist man bei der FDP auch darauf hin, dass alleine die Bayern noch immer den bundeseinheitlichen Regelungen aus dem Jahr 2003 unterliegen. Haben wir in Bayern also etwa den Absprung verpasst, gar die Zeichen der Zeit nicht verstanden? Gibt es wirklich eine dringend zu füllende Regelungslücke? Gefährdet Bayern in Zeiten eines immer dominanter werdenden Online-Verkaufs durch seine Untätigkeit das Überleben seines stationären Einzelhandels? Oder aber bewahrt man so vielleicht nicht doch eher die bayerischen Arbeitnehmer vor katastrophalen Auswirkungen für ihre Gesundheit und für ihr Familienleben, wie andere Parteien wiederum meinen?

So schillernd die Fragen wie auch die Befürchtungen sind, so grau sind die Fakten in der Realität; denn Studien kommen ernüchternd zu dem Ergebnis, dass die Deregulierung der Ladenöffnungszeiten nur mit recht bescheidenen ökonomischen Effekten einhergeht.

(Beifall bei der AfD)

Stellenzuwächse im Einzelhandel werden mit 5 % quantifiziert, das aber ganz überwiegend nur bei Teilzeitbeschäftigten sowie bei größeren Marktteilnehmern. Kritiker seitens der Gewerkschaften dürften sich in dieser Hinsicht also bestätigt

fühlen, wenngleich umgekehrt zumindest auch keine negativen Effekte auf kleinere Geschäfte konstatiert werden müssen.

Sind die Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation also zumindest vorsichtig positiv zu bewerten, so kann dies bezüglich der Umsätze leider absolut nicht gesagt werden. Ein jeder, der in der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten also eine Wunderwaffe im Kampf gegen den Online-Handel sieht, wird insoweit wohl enttäuscht werden. Im besten Falle dürfen Unternehmen auf marginale zusätzliche Gewinne hoffen, im schlechtesten Falle fressen die Kosten das bescheidene Umsatzwachstum gleich wieder auf. – So das ernüchternde Ergebnis einer Studie der Credit Suisse aus dem Jahr 2014, ein Befund, der übrigens auch vom HDE bestätigt wird.

Fazit: Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten handelt es sich also weitestgehend um Placebo-Politik. Aus Verbraucherperspektive steht hier allerdings gänzlich außer Frage, dass längere Öffnungszeiten einen deutlichen Flexibilitätsgewinn für den Konsumenten mit sich brächten und gerade von jüngeren Berufstätigen explizit gewünscht werden, wobei zur Wahrheit aber auch gehört, dass die Bayern zumindest einer Lockerung der Öffnungszeiten an etlichen Sonn- und Feiertagen, wie sie im FDP-Gesetzentwurf insinuiert wird, mehrheitlich ablehnend gegenüberstehen, was erst kürzlich wieder von einer Umfrage des Civey-Instituts bestätigt wurde.

Ich komme zum Schluss. Mit Blick auf die ernst zu nehmenden negativen familiären Auswirkungen sowie die teils doch recht schwammigen Formulierungen des geplanten Gesetzes lehnt die AfD den vorliegenden Gesetzentwurf der FDP, der vielleicht liberal, aber nicht uneingeschränkt vernünftig ist, heute ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Michael Busch. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Michael Busch (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Ersten Lesung im Plenum sowie in den Ausschüssen wirklich alle Argumente ausgetauscht. Wie wir auch heute vernommen haben, sind nahezu alle in diesem Haus gegen die von der FDP vorgeschlagene Gesetzesänderung.

Liebe Kollegin und liebe Kollegen der FDP, wir stehen wahrlich vor vielen Herausforderungen. Ich sage es einmal ziemlich platt: Was wir überhaupt nicht brauchen und wofür es keinen Bedarf gibt, ist ein Gesetz, dass wir rund um die Uhr einkaufen können. Das brauchen wir nicht!

(Beifall bei der SPD)

Um die Bedeutung und die Tragweite Ihres Gesetzentwurfs auch aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, möchte ich auf "Fridays for Future" und die Klimadiskussion Bezug nehmen; das ist ein Aspekt, der nicht verlorengehen darf: Wollen wir wirklich, dass bei gleichem Umsatz und gleicher Zahl an Käuferinnen und Käufern rund um die Uhr alle Rolltreppen, alle Lichter und alle Lüftungen laufen? – Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass Sie das genau in dieser Phase einfordern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Noch etwas: Wir haben auch Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betriebe; die SPD sieht sich jedenfalls in dieser Verantwortung. Denn ma-

chen wir uns nichts vor: Wir haben vorhin gehört, dass in erster Linie der Mittelstand leiden würde. Das ist unbestritten. Hinzu kommt, dass der Mittelstand auch viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Wenn der Wettbewerb so weit ginge, dass der kleine oder mittelständische Betrieb rund um die Uhr, zumindest wesentlich länger, öffnen müsste, dann würde sich der kleine Unternehmer oder der Inhaber eines mittelständischen Handelsbetriebs überlegen, ob er noch ausbildet oder ob er mehr Arbeitsplätze im Bereich der prekären Beschäftigung schafft. Letzteres lehnen wir ab, das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Frau Sandt, nur eine kleine Anmerkung: Seien Sie mir nicht böse, aber ich möchte nicht mehr einkaufen, nachdem ich um halb zwei Uhr nachts aus diesem Saal gegangen bin. Ich will niemandem zumuten, dass er wegen mir noch im Laden bleiben muss. Ich würde eher vorschlagen, dass wir hier früher aufhören; dann können wir nämlich auch vernünftig einkaufen gehen.

Wir sind auch gegen die Erweiterung der Sonntagsöffnungszeiten, weil wir glauben, dass der Sonntag weiterhin als Ruhepunkt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelten muss. Auch wir sehen die Notwendigkeit – Kollege Häusler hat schon darauf hingewiesen –, dass wir mehr für Beruf und Familie und mehr für gesundes Arbeiten tun, statt jetzt die Arbeitszeiten zu verlängern.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Diese Gesetzesänderung – –

(Julika Sandt (FDP): Wir verlängern keine Arbeitszeiten! Keine Arbeitszeit wird länger!)

– Ich nehme den Zwischenruf gern auf: Natürlich muss ich die Arbeitszeiten verlängern, wenn ich länger öffnen will. Ich kann es nicht mit demselben Personal tun.

(Julika Sandt (FDP): Es werden mehr Leute eingestellt!)

Wir haben es vorhin gehört: Frau Sandt, Sie glauben anscheinend wirklich, der Inhaber eines mittelständischen Einzelhandelsbetriebs werde sich selbst nachts um 24 Uhr noch hinstellen und bedienen, obwohl er früh um sechs Uhr wieder da sein muss. Das wird nicht eintreten.

Ihren Gesetzentwurf brauchen wir nicht. Er ist eine Verlagerung vom Land in die Stadt.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Er ist auch eine Verlagerung zulasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der kleinen Betriebe. Er ist ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll. Deshalb lehnt die SPD-Fraktion diesen Gesetzentwurf nach wie vor ab.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Letzter Redner ist für die FDP der Fraktionsvorsitzende Martin Hagen. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit 13 Jahren ist der Ladenschutz Ländersache, und Bayern hat als einziges Land immer noch kein eigenes Ladenschlussgesetz. Diesem Defizit hätten wir heute Abhilfe schaffen

können. Leider sind alle Fraktionen – bis auf die FDP – nach wie vor der Meinung, wir bräuchten kein eigenes Ladenschlussgesetz in Bayern. Das ist schade.

(Andreas Schalk (CSU): Wir wollen nicht dieses Gesetz!)

Ihre Ablehnung bedeutet auch eine verpasste Chance; denn Bayern wird Schlusslicht bleiben. Das ist wirklich schade, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der CSU: Oh!)

Dass die AfD unseren Gesetzentwurf ablehnt – in Ordnung.

Besonders enttäuscht bin ich von der SPD, weil diese Partei – man glaubt es kaum, wenn man sich die Umfragezahlen anschaut – Stand heute noch in sieben Bundesländern den Ministerpräsidenten stellt. Alle sieben Bundesländer haben ein liberaleres Ladenschlussrecht als Bayern. In keinem dieser Länder hat sich die SPD darangemacht, die Liberalisierung der Ladenöffnung zurückzudrehen. Sie hier in Bayern sind wieder altbackener als alle Ihre Kollegen.

(Beifall bei der FDP – Katharina Schulze (GRÜNE): Bis 22 Uhr, nicht bis 24 Uhr!)

– Sie haben nachher die Möglichkeit zur Intervention, Frau Kollegin.

Ich bin auch enttäuscht von den GRÜNEN.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Danke, Herr Präsident, für die Unterstützung. – Die GRÜNEN gerieren sich ja wahnsinnig gern als moderne Großstadtpartei. Hier und heute zeigen Sie wieder einmal Ihr altbackenes Gesicht.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Enttäuscht können wir auch von der CSU sein.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Martin Hagen (FDP): Denn die CSU war schon einmal weiter. Die Abstimmung über diese Frage in der CSU-Fraktion im Jahr 2003 ergab ein Patt. Die Hälfte der Fraktion war damals der Meinung, wir bräuchten ein liberales Gesetz.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Es gibt noch die Möglichkeit, auf eine Intervention zu reagieren.

Martin Hagen (FDP): Diesen Mitgliedern Ihrer eigenen Fraktion werfen Sie jetzt Mittelstandsfeindlichkeit vor?

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Uns liegt eine Intervention des Abgeordneten Swoboda vor.

(Unruhe)

Sie bekommen eine Minute "Nachspielzeit", sobald es im Haus etwas ruhiger geworden ist und der Abgeordnete Swoboda seine Intervention vorgebracht hat.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Lieber Herr Hagen, Sie sind ja als Fraktionsführer so etwas wie der liberale Pate hier im Landtag. Heute sind Sie aber gar nicht begeistert von dieser neuen Liberalitas in Bayern. Es kommt ja zu einer Verkürzung der Ladenschlusszeiten und dabei zu einer Liberalisierung für die Betriebsführung und die Festlegung der Ladenöffnungszeiten im Einzelfall des Unternehmens. Ich finde, das ist doch ein Fortschritt an Liberalität. Dem kann man doch eigentlich nur zustimmen, es sei denn, man macht Kritik zum Motto seines politischen Daseins. Neulich haben Sie Herrn Aiwanger so arg kritisiert; heute kritisieren Sie die CSU. Woran kann man sich bei Ihnen denn so orientieren bei Ihrer liberalen Haltung?

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Swoboda, ich danke Ihnen für Ihre Frage. Ich habe sie zwar nicht verstanden;

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

aber sie gibt mir eine weitere Minute Zeit. Diese Minute kann ich nutzen, um abschließend zu erklären, warum ich nicht nur von der SPD, den GRÜNEN und der CSU, sondern auch von den FREIEN WÄHLERN enttäuscht bin.

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Sie hätten es vermisst, Herr Kollege Mehring, wenn ich es nicht gesagt hätte. – Der von den FREIEN WÄHLERN gestellte Wirtschaftsminister und Stellvertretende Ministerpräsident hat sich in diesem Jahr ebenfalls für eine Liberalisierung des Ladenschlussrechts, auch für verkaufsoffene Sonntage, in Bayern stark gemacht. Leider lassen auch Sie die Gelegenheit verstreichen, heute entsprechend abzustimmen. Schade! – Wir bleiben an dem Thema dran.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Hagen. – Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen an den Eingangstüren und auf dem Stenografentisch bereit. Sie kennen das Prozedere. Für die Stimmabgabe stehen fünf Minuten zur Verfügung – ab jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 16:47 bis 16:52 Uhr)

Die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben. Ich möchte Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Meine Damen und Herren, Sie können sich gerne Zeit lassen beim Platznehmen, außer Sie haben ein Interesse daran, pünktlich zum Parlamentarischen Abend zu gelangen.

Meine Damen und Herren, wir haben 7 Minuten vor 17 Uhr. Wenn wir den nächsten Tagesordnungspunkt 4 aufrufen, würden wir das definierte Ende der heutigen Sitzung verfehlen. Deshalb werden wir den Tagesordnungspunkt 4 morgen nach der Ersten Lesung des Haushaltsgesetzes aufrufen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Wahl von Mitgliedern in das Parlamentarische Kontrollgremium

Nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes besteht das Parlamentarische Kontrollgremium aus sieben Mitgliedern, die vom Landtag zu Beginn der neuen Wahlperiode aus seiner Mitte zu wählen sind. Gewählt ist, wer die Stim-

men der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint. Bei der Wahl der Mitglieder in den vorherigen Sitzungen haben die von der AfD-Fraktion benannten Vertreter die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Vonseiten der AfD-Fraktion wird nunmehr zur Wahl in das Parlamentarische Kontrollgremium Herr Abgeordneter Jan Schiffers vorgeschlagen.

Es ist eine geheime Wahl unter Verwendung eines Stimmzettels und der Namenskarte durchzuführen. Auf Ihrem Platz befindet sich hierzu ein blauer Stimmzettel mit dem Namen des vorgeschlagenen Kandidaten. Sie haben die Möglichkeit, hier im Plenarsaal oder in den Wahlkabinen im Gang zum Lesesaal zu wählen. Für den Wahlgang ist der hierfür vorgesehene amtliche Stimmzettel sowie die in Ihrer Stimmkartentasche vorhandene gelbe Namenskarte zu verwenden. Die Stimmabgabe ist an beiden Seiten des Plenarsaals oder hier vor dem Rednerpult möglich. Es stehen getrennte Urnen für die Namenskarten und die Stimmzettel bereit.

Ich bitte Sie, sowohl die Namenskarte als auch den Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts auszuhändigen. Enthaltungen sind gültige Stimmen, und unverändert abgegebene Stimmzettel gelten als Enthaltungen. Ungültig sind abgegebene Stimmzettel, wenn sie Zusätze oder Veränderungen enthalten.

Ich entnehme Ihrem Raunen, dass Sie das Prozedere längst kennen. Deshalb dürften für die Wahl fünf Minuten ausreichend sein. Wir beginnen mit der Wahl.

(Geheime Wahl von 16:55 bis 17:00 Uhr)

Befinden sich noch Damen und Herren Abgeordnete in den Wahlkabinen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Haben alle Mitglieder des Hauses ihre Stimmabgabe beendet? – Damit ist die Wahl beendet. Das Wahlergebnis wird später bekannt gegeben. Ich möchte Sie bitten, wieder Platz zu nehmen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Bestellung eines Mitglieds für den Landesdenkmalrat

Mit Schreiben vom 14. November 2019 hat Herr Staatsminister Bernd Sibler darum gebeten, gemäß Artikel 14 Absatz 2 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes anstelle des verstorbenen Herrn Martin Wölz Müller als Vertreter des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege Herrn Dr. Wolfgang Pledl zum Mitglied des Landesdenkmalrats zu bestellen.

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen damit gleich zur Bestellung. Wer mit der Bestellung von Herrn Dr. Wolfgang Pledl zum Mitglied des Landesdenkmalrats einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FREIE WÄHLER, die CSU, die FDP und die AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist Herr Dr. Pledl zum Mitglied des Landesdenkmalrats bestellt worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP und die AfD. Stimmenthaltungen? – Das sind die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wenn allgemeines Einverständnis besteht, könnten wir noch Tagesordnungspunkt 9 aufrufen, da hierzu keine Aussprache erfolgen soll. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe hiermit den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Christian Flisek, Ruth Müller u. a. (SPD)
Mobilität auch im Alter sicherstellen - Innovative, lokale und niedrigschwellige Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern
(Drs. 18/2719)

Über den Antrag soll ohne Aussprache und in einer Neufassung, auf die sich die Fraktionen verständigt haben, abgestimmt werden. Der Antrag soll folgende Fassung erhalten:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten, ob und wie die Richtlinie zur Förderung Regionaler Initiativen im Freistaat Bayern für Zukunftsprojekte der Landesentwicklung (FöRLa) so angepasst werden kann, dass auch kleine Vereine und lokale Initiativen, welche niedrigschwellige Mobilitätskonzepte entwickelt haben, insbesondere auch für Seniorinnen und Senioren, mit Fördermitteln unterstützt werden können.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag in dieser Neufassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und die beiden Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist dem Antrag in der Neufassung hiermit zugestimmt worden.

Meine Damen und Herren, ich verkünde noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann und anderer und Fraktion (FDP) zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern – Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz – auf Drucksache 18/1823. Mit Ja haben 12 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 175 Abgeordnete. Bei 4 Stimmenthaltungen ist der Gesetzentwurf damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Meine Damen und Herren, dann wären wir hiermit am Ende der heutigen Tagesordnung, soweit sich diese rechtzeitig erledigen lässt. Jetzt kommen leider gerade Zuschauer. – Ich muss Ihnen sagen, dass unser Pensum für heute eigentlich erfüllt ist.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen gemeinsamen Parlamentarischen Abend ohne Restriktionen durch Ladenschluss oder ähnliche Dinge. Schönen Abend! – Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:04 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2019 zu Tagesordnungspunkt 3: Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FDP zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern (Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz - BayLözG) (Drucksache 18/1823)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin		X		Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias	X		
Aiwanger Hubert		X		Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian		X	
Aures Inge		X		Franke Anne			
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick		X	
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Ganserer Markus (Tessa)			X
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	12	175	4

7. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Markus Rinderspacher u. a. SPD
Qualvolle Tiertransporte in Drittstaaten endlich beenden!
Drs. 18/3678, 18/4963 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute-KiTa-Vertrag nachbessern: Mittel für die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften investieren
Drs. 18/3698, 18/5013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Patientendaten im Internet
Drs. 18/3759, 18/5026 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz jetzt! Holzbau-Offensive für Bayern
Drs. 18/3760, 18/5208 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures,
Alexandra Hiersemann u. a. SPD
Eisenbahn-Bundesamt: Bayerische Interessen schützen -
Schienenverkehrsprojekte vorantreiben
Drs. 18/4004, 18/5209 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltbildung an bayerischen Schulen endlich sicherstellen I:
Beauftragte für Umweltbildung an jeder Schule gewährleisten
Drs. 18/4069, 18/5226 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltbildung an bayerischen Schulen endlich sicherstellen II:
Beauftragte für Umweltbildung besser qualifizieren
Drs. 18/4070, 18/5225 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klares Ja zum Ökolandbau in Bayern – Eigenes Referat „Ökologische
Landwirtschaft“ im Landwirtschaftsministerium
Drs. 18/4078, 18/4917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Wolfgang Fackler, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Gerhard Waschler u. a. CSU
Lehrergesundheit an Bayerns Schulen II – Projekt „Gesundheitsvorsorge an Schulen in Bayern“
Drs. 18/4263, 18/5036 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Volker Bauer u. a. CSU
Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst
Drs. 18/4269, 18/4980 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
Anreize für Frühpensionen senken
Drs. 18/4307, 18/4984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Arif Taşdelen, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)
Für eine Kultur des Respekts! Keine Übergriffe und keine Gewalt gegen die Bediensteten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bayern!
Drs. 18/4310, 18/4981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modellprojekt für sektorenübergreifende Versorgung
Drs. 18/4489, 18/5219 (ENTH) [X]

**Gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>